

# Bezirkskonferenz 2000

G e s c h ä f t s b e r i c h t



Arbeiterwohlfahrt  
Bezirk Westliches Westfalen e.V.

Arbeiterwohlfahrt - mit sozialer Kompetenz Zukunft sichern

## Grußworte

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes NRW	3
Grußwort des Vorsitzenden der SPD des Landes NRW	5
Der Vorstand	6
Begrüßung	8

## Der Verband

Ehrenamt	12
Organisation, Verband und Struktur	14

## Das Unternehmen

Das „Unternehmen Arbeiterwohlfahrt“	18
-------------------------------------	----

## Rahmenbedingungen

Wohlfahrtspflegerische Rahmenbedingungen	22
--	----

## Sozialpolitische Schwerpunkte

Hilfen für Senioren	24
Arbeit, Ausbildung, Beschäftigung	30
Ausbildung und Qualifizierung	32
Fort- und Weiterbildung	34
Tageseinrichtungen für Kinder	36
Beratung und Betreuung	38
Hilfen für Menschen mit Behinderungen	48
Berufliche Bildung und Arbeit in Werkstätten für Behinderte	52
Freizeit und Fitness	54

## Entwicklung und Perspektiven

## Die Gesellschaften

AW Kur- und Erholungsgesellschaft mbH	58
AW Versorgungsgesellschaft mbH	62
AW Gesellschaft für soziale Dienste mbH	64

## Korporative Mitglieder



## Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Ein Geschäftsbericht der Arbeiterwohlfahrt ist immer etwas Besonderes. Hinter Fakten und Zahlen verbergen sich die gewaltigen Anstrengungen seiner Mitglieder, seiner Helferinnen und Helfer und der vielen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienste von Nachbarn und Hilfebedürftigen.

Schon in den letzten Jahren zeichneten sich im Bezirksverband Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt einschneidende Veränderungen ab. Die Zahl der Mitglieder geht zurück - wie bei vielen anderen Großorganisationen auch. Aber die hauptamtlichen Bereiche haben sich in den letzten Jahren an die geänderten Bedingungen angepasst. Die Arbeiterwohlfahrt stellt sich den neuen Herausforderungen und ändert ihre verbandspolitischen Strukturen. Und die Mitgliedschaft steht Tag für Tag unverändert ein für ein friedliches Miteinander und für soziale Ausgewogenheit in unserer Gesellschaft.



Ich danke der Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen, ihren gewählten Vertretern, der Geschäftsführung, den Mitgliedern, Helfern, Helferinnen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung, auch für die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Die Arbeiterwohlfahrt war immer ein verlässlicher Partner und ich bin sicher, dass sie auch in Zukunft daran mitwirken wird, eine menschliche, eine solidarische Gesellschaft zu erhalten, in der die Hilfsbereitschaft einen hohen Stellenwert behält.

Ich wünsche der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen alles Gute und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style. The signature is difficult to read but appears to be 'Wolfgang' followed by a surname and a small mark at the end.





## Der Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Westliches Westfalen am 9. September 2000 in Gelsenkirchen übersende ich herzliche Grüße. Ich wünsche der Veranstaltung zielführende Beratungen und gute Entscheidungen.

Wir sind auf dem richtigen Weg, sowohl in Berlin als auch in Düsseldorf haben wir die richtigen Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Gerade in einer solchen Zeit dürfen wichtige Fragen nicht ins Abseits geraten. Aktive Solidarität mit Schwachen und Hilfebedürftigen ist wichtig. Die hervorragenden Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Arbeiterwohlfahrt sprechen für sich. Sie sind praktizierte Solidarität.



In vielen Bereichen unserer Gesellschaft und auch in Politik und Wirtschaft sind Innovationen, das heißt neue zukunftsweisende Lösungen, notwendig. So manches ändert sich. Der Wandel ist unvermeidbar, er ist auch unverzichtbar. Denn wir wollen Wohlstand sichern. Heute, aber auch für morgen und übermorgen. Es gilt, die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten und intelligent zu gestalten. Sie sind das Fundament einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Deshalb halte ich auch die Zusammenarbeit von Bundespolitik, Landespolitik und Freier Wohlfahrtspflege für unverzichtbar. Und ganz besonders auch vor Ort.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und den Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen danke ich für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr humanes Engagement.

*Franz Müntzer*



Der Bezirksvorstand nach der Wahl - Sprockhövel 1997

## **Vorsitzender**

Bodo Champignon (Mdl), UB Dortmund

## **Stellvertretende Vorsitzende**

Helmut Pulpanek, KV Ennepe - Ruhr

Elke Temel - Völkel, KV Siegen - Wittgenstein/Olpe

## **Beisitzer/innen**

Eckard Andersson, KV Münster

Dr. Dietmar Breer, KV Borken ausgeschieden 8.98

Gabi Gorcitzka, KV Herne

Heinrich Häckel, KV Soest

Günter Harms, KV Hamm

Ferdinand Hollmann, UB Dortmund

Ernst Löchelt, KV Bottrop

Herbert Lowens, KV Recklinghausen

Margret Mader, KV Unna

Hans - Jürgen Meißner, KV Gelsenkirchen

Irmgard Peters, KV Steinfurt

Lore Range, KV Bochum

Friedhelm Sandkühler, KV Hagen

## **Bezirksjugendwerk**

Xenia Winziger

## **Ehrevorsitzender**

Hans Lux, KV Steinfurt

## **Revisoren/innen**

Heijo van Gimpte, KV Coesfeld

Charlotte Hardt, KV Märkischer Kreis

Johannes Hermann, KV Unna

Maria Michalek, KV Recklinghausen

Gerhard Wolf, KV Hochsauerland

## **Schiedskommission**

Rudolf Baecker, UB Dortmund

Werner Krüger, KV Unna

Jürgen Sawahn, KV Siegen-Wittgenstein/Olpe

Heinz Reiher, KV Recklinghausen (Stellvertreter)

Horst Wünnemann, KV Gelsenkirchen (Stellvertreter) †

## **Geschäftsführer**

Wolfgang Altenbernd





Bodo Champignon, Bezirksvorsitzender und Wolfgang Altenbernd, Bezirksgeschäftsführer

## Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit legen wir den Geschäftsbericht für die Jahre 1997 - 2000 vor. Zu Beginn eines neuen Jahrtausends tun wir dies in dem Wissen, die Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen e.V. gut auf die vor uns liegenden Herausforderungen vorbereitet zu haben. Der Mitgliederverband ist lebendig, Vorstandsmitglieder und hauptamtliche Entscheidungsträger blicken optimistisch in die Zukunft, gravierende wirtschaftliche Probleme bestehen nicht und dies ist gut und wichtig, um sich den neuen Herausforderungen der Zukunft der Arbeiterwohlfahrt - der Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege - zwischen Ökonomisierung und Europäisierung stellen zu können.

Bei abnehmenden Mitgliederzahlen - hier verzeichnen wir die gleiche Entwicklung wie bei allen anderen Großorganisationen in Deutschland - gilt es für die Zukunft, den Mitgliederverband Arbeiterwohlfahrt nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter zu stärken. In einer Gesellschaft, wo es mehr und mehr um Profite und kurzfristige Gewinne geht, ist es um so notwendiger, gesellschaftspolitische Grundziele, soziale Sicherungssysteme, aktive Solidarität mit Schwachen und Hilfsbedürftigen zu manifestieren, damit unsere Gesellschaft eine menschliche bleibt.

In diesem Zusammenhang hat die Arbeiterwohlfahrt auf der Bundesebene eine „Initiative Ehrenamt“ gegründet. Wir als Bezirksverband haben uns beteiligt, damit wir über ein starkes ehrenamtliches Engagement und eine aktive Bürgerbeteiligung Mitgestalter am Umbau unserer Gesellschaft sein können. Diese „Initiative Ehrenamt“ versteht sich als Mitgestalter und als Unterstützer. Sie versteht sich nicht als Lückenbüßer für fehlendes öffentliches Geld und nicht als Konkurrenz zu solchen Diensten, die heute und morgen hauptamtlich betrieben werden müssen.

Zukunft gestalten heißt für die Dienste und Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, Abschied nehmen zu müssen vom reinen Selbstkostenerstattungsprinzip und von vielen gewohnten Förderprogrammen. Es ist richtig, dass hier moderne und intelligente Lösungen einkehren sollen, die auch Mechanismen des Marktes berücksichtigen. Auch wir müssen unsere Dienste qualitativ so hochwertig und so effektiv wie möglich organisieren, damit wir unsere finanziellen Ressourcen bestmöglich nutzen können. Begriffe wie „Markt“, „Konkurrenz“ und „Wettbewerb“ haben Einzug in die Freie Wohlfahrtspflege gehalten. Wir haben davor keine Angst, warnen jedoch vor einer Entwicklung, die davon ausgeht, dass immer mehr und immer bessere Leistungen für immer weniger Geld eingefordert werden, die Tarifverträge ignoriert und damit Gesteungskosten von Diensten gar nicht mehr ernst nimmt. Dies halten wir für einen Irrweg. Sollte dies der Weg der Zukunft werden, so wird die Solidarität in unserer Gesellschaft verloren gehen und wir werden in Zukunft keine gerechte Gesellschaft mehr sein. Es kann nicht angehen, dass sozialwirtschaftliche Dienstleistungen nach reinen Marktmechanismen organisiert werden, da diejenigen, die nur auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, ihre Dienste nur dort ansiedeln werden, wo viele Menschen in Ballungsgebieten leben und wo man mit relativ geringem Aufwand sehr viel Umsatz und damit auch Gewinn machen kann. Derartige Rahmenbedingungen findet man aber nicht in den ländlichen Bereichen des Münsterlandes, des Siegerlandes, des Sauerlandes oder der Soester Börde. Hier gilt es, Dienste auch dann vorhaltend zu organisieren und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, wenn sich die einzelne Hilfstätigkeit nicht betriebswirtschaftlich rechnet, da die Wege für eine Hilfeleistung weiter sind und damit die Leistung teurer wird.



Helmut Pulpanek,  
stellvertretender Bezirksvorsitzender  
und Ulrich Schmidt,  
Präsident des Landtags NRW

Gerade mit Blick auf diese vor uns liegenden Fragen sind wir in unserem Bezirk stolz darauf, uns auf diesen Prozess gut vorbereitet zu haben.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den vielen Funktionsträgern in unseren Vorständen der Ortsvereine, Stadtverbände, Kreisverbände und Unterbezirke für ihre Loyalität und partnerschaftliche Unterstützung unserer gemeinsamen Anliegen.

Wir bedanken uns bei den inzwischen rd. 15.000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Bezirk, bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten, die gerade in den schwieriger gewordenen Zeiten in der Regel partnerschaftlich und qualifiziert mit uns zusammenarbeiten.

Unser besonderer Dank gilt den vielen tausend Mitgliedern in rd. 420 Ortsvereinen und damit auch den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne die wir nicht dieser aktive und lebendige Wohlfahrtsverband wären.

Wir bedanken uns bei den vielen Selbsthilfegruppen, Initiativen, Vereinen und Verbänden, die als korporative Mitglieder unsere Arbeit weitläufiger und damit bunter gemacht haben.

Wir haben viele zehntausende Menschen beraten, betreut, versorgt und gepflegt; wir haben Einfluss genommen auf politische Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse - im Interesse der Menschen unseres Landes.

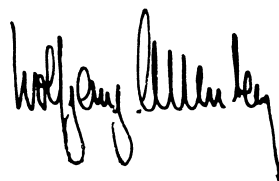
Wir freuen uns nach nunmehr gut 80 Jahren des Bestehens der Arbeiterwohlfahrt auf die weiteren Veränderungsprozesse zwischen Ökonomisierung und Europäisierung, obwohl letztendlich noch nicht ganz klar ist, wie und wo dieser Prozess enden wird.

Wir möchten euch nachhaltig einladen, diesen Prozess aktiv mitzugestalten, damit unsere Wünsche und Ziele, unsere Bezugspunkte zur Vergangenheit, aber auch unsere Visionen nicht verloren gehen.

Lasst uns in diesem Sinne weiter arbeiten,



Bodo Champignon  
- Bezirksvorsitzender -



Wolfgang Altenbernd  
- Bezirksgeschäftsführer -



Bodo Champignon,  
Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen  
und Elke Temel-Völkel,  
stellvertretende Vorsitzende

# Ehrenamt



Postkarten-Motiv der  
„Initiative Ehrenamt“ der AWO

Der Mitgliederverband „Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V.“ gliedert sich zurzeit in 19 Kreisverbände und rd. 420 Ortsvereine. Die Mitgliedschaft sowie die vorgenannten Gliederungen bilden eine solide Basis für das innerverbandliche Zusammenleben und für sozialpolitische Auseinandersetzungen. Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt treffen sich regelmäßig als Selbsthilfegruppen (z. B. in Altentagesstätten), als Lobbyisten (in Arbeitsgruppen, die konkrete sozialpolitische Fragestellungen begleiten) sowie zu einer Vielzahl von sozialpolitischen, bildungspolitischen oder aber auch gesellschaftlichen Fragestellungen, um diese für sich und ihr Umfeld aufzuarbeiten bzw. sich in eine öffentliche Auseinandersetzung um Zukunftsfragen zu begeben.

Nach einigen Jahren der Stagnation sind die Mitgliedszahlen zurzeit im Abnehmen begriffen. Hier stellen wir die gleichen Entwicklungen fest wie in anderen Großorganisationen. Neue Mitgliederpotentiale haben die Arbeiterwohlfahrt in der Vergangenheit häufig aus dem Umfeld der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsarbeit und der Montanindustrie erreicht. Wurde hier in der Vergangenheit das Rentenalter erreicht, so galt es nahezu als selbstverständlich, Mitglied in der AWO zu werden. Da die vorgenannten Großorganisationen ebenfalls Mitgliederprobleme haben und die großen Konzerne nicht mehr bestehen, treffen diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen nun auch die Arbeiterwohlfahrt.

Arbeiterwohlfahrt vor Ort versteht sich häufig noch sehr traditionell in ihren Aufgabenstellungen (Seniorenarbeit, Ausflüge, Reisen). Diese



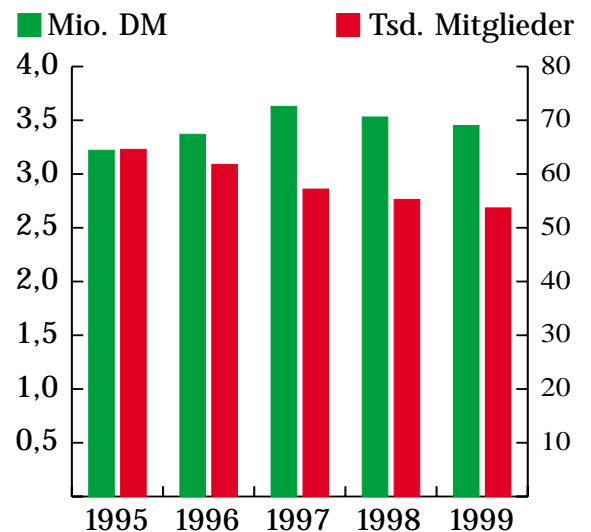
Arbeitsansätze sind nicht immer attraktiv für jüngere Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Diese haben ein anderes Verständnis von Ehrenamt. Sie wollen ein Stück ihrer Zeit konkret in den Dienst einer bestimmten Sache oder anderer Menschen stellen, sie wollen sich nicht in Systeme einordnen, sondern möglichst selbstbestimmt agieren und sie haben eigene Erwartungen an ein solches Ehrenamt, wobei diese Erwartungen vorrangig nicht materiell sind, sondern die eigene Erfahrungsbereicherung und Qualifizierung (durch Schulung) beinhalten.

Es gibt einige erste hoffnungsvolle Entwicklungen. Im Umfeld vieler Kindergärten haben sich aktive Eltern-/Fördervereine gebildet, im Umfeld von Behindertenwohnheimen entwickeln sich Elternvereine und auch in stationären Einrichtungen der Altenhilfe gibt es viele Anfragen von Jüngeren, häufig auch den Angehörigen von Bewohnern bzw. ehemaligen Bewohnern, die unsere gute Arbeit unterstützen wollen und sich im Interesse der dort lebenden Menschen sehr unterschiedlich, aber immer engagiert und kreativ einbringen.

Die „Initiative Ehrenamt“ geht genau auf solche Entwicklungen ein. Wir befinden uns in einem Prozess, den Mitgliederverband Arbeiterwohlfahrt für solche neuen ehrenamtlichen Entwicklungen zu sensibilisieren und den hauptamtlichen Bereichen zu verdeutlichen, dass ehrenamtliches Engagement auch in einer ansonsten hauptamtlich betriebenen Einrichtung nicht Konkurrenz, sondern willkommene Unterstützung ist.

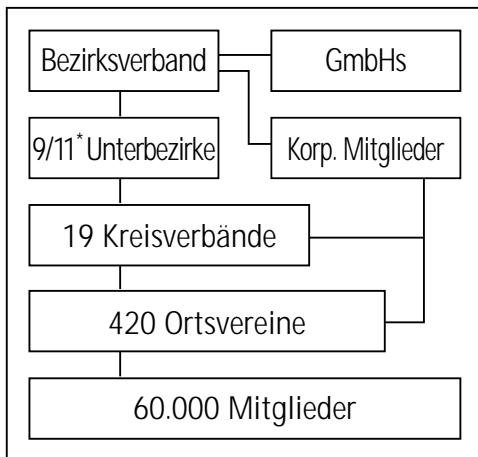
## Beitragszahlungen und Mitgliederentwicklung\* im AWO-Verband Westliches Westfalen

(\*gemäß Beitragsentwicklung im  
AWO Bezirk Westliches Westfalen)



Nachweis über ehrenamtliche Arbeit

# Organisation, Verband und Struktur



\* zum 31.12.2000 Neugründung von 2 Unterbezirken

Es bleibt - mit Blick auf ein weiteres Zusammenwachsen Europas - abzuwarten, ob das deutsche Modell der „Wohlfahrtspflege“ in Zukunft noch eine Chance haben wird, oder ob sich andere - vorwiegend aus Frankreich kommende - Überlegungen der Trennung zwischen den sozialen Wirtschaftsunternehmen und den Idealvereinen durchsetzen werden. Eine unserer wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird es sein, auch bei einer solchen Entwicklung die Verbindung zwischen den Mitgliedern, dem ehrenamtlichen Verbandsbereich und den Unternehmen nicht abreißen zu lassen, damit wir einen unserer größten Vorteile auf dem sozialen Markt in Deutschland nicht verlieren.

Im Bezirk Westliches Westfalen haben wir in den letzten Jahren unter dem Mantel des Vereinsrechtes die unternehmerischen Bereiche gesondert neben den verbandlichen organisiert. Mit Ablauf dieses Jahres und der beabsichtigten Zusammenführung der hauptamtlichen Arbeit in Münster und Steinfurt sowie Gelsenkirchen und Bottrop wird eine erste Prozessphase abgeschlossen sein, die die Unternehmensbereiche neu organisiert und die wirtschaftlichen Ressourcen gebündelt hat.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Alternative zu dieser Entwicklung gab und gibt. Es gibt eher offene Fragen, ob unsere bisherigen Maßnahmen für die Zukunft ausreichen werden. Dies ist eine Frage, die wir nicht alleine beeinflussen können. Sie hat etwas zu tun mit der Frage, wie sich die wohlfahrtspflegerische Tätigkeit – die Sozialwirtschaft – in Europa entwickeln wird. Sie richtet sich weiter aus an der Frage, inwieweit sich die Refinanzierungsbedingungen in Deutschland verändern und welche weiteren Ressourcenbündelungen ggf. noch erfolgen müssen.

Es schließen sich weitere Fragen an, und zwar dahin gehend, ob die Rechtsformen (Unterbezirke als nicht eingetragene Vereine), die wir geschaffen haben, in unserem Bezirk ausreichend sind, ob wir die hauptamtlichen Unternehmen nicht auch rechtlich verselbständigen müssen, um sie noch weiter abzusichern und handlungsfähig zu machen. Zu einer solchen möglichen Entwicklung muss aber in aller Deutlichkeit angemerkt werden, dass in einem solchen Fall konsequent sehr viele Sicherheiten eingebaut werden müssen, so dass es nicht zu Gefährdungen der wirtschaftlich Schwächeren kommt und zu Alleingängen der wirtschaftlich Starken.



Ministerpräsident Clement

Wir werden das Verhältnis von Vorständen (vielleicht zukünftig Präsidien) und Geschäftsführungen vor dem Hintergrund einer gerade entfachten Haftungsdiskussion diskutieren und bewerten müssen.

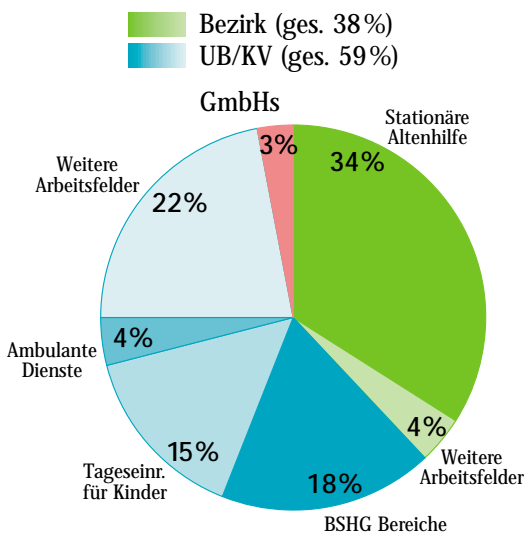
Es gibt viele Beispiele, die eine solche mögliche Entwicklung unterstreichen. Seit der Wiedegründung nach dem zweiten Weltkrieg konnten wir als Arbeiterwohlfahrt - das Gleiche gilt übrigens auch für die anderen Wohlfahrtsverbände - als gemeinnützige Träger agieren und genossen vielerorts bestimmte Schutzvorschriften, auch bezogen auf das Steuerrecht. In der sich verändernden Diskussion um Dienstleistung, um Markt – europäisch ausgedrückt, um die Entwicklung der Sozialwirtschaft – stellen wir fest, dass wir peu à peu von Prüfung zu Prüfung diesen Schutz verloren haben und weiter verlieren werden. Von der Finanzverwaltung unseres Landes werden wir bereits genauso behandelt wie jedes andere Dienstleistungs- oder Wirtschaftsunternehmen auch. Konflikte entstehen häufig beim Tätigwerden ehrenamtlicher Funktionäre, aktiver Vorstandsmitglieder. Noch vor wenigen Jahren als steuerfrei deklariertes pauschales Auslagenersatz wird dieser nun nicht mehr von einer Besteuerung freigestellt. Dieser Auslagenersatz wird Einkünften aus selbständiger Arbeit gleichgestellt. Bis vor kurzer Zeit war es unwiderrspochen eine steuerbefreite gemeinnützige Tätigkeit, wenn man sich in seiner Freizeit bereit erklärt hat, mit einer Jugendgruppe, mit einer Gruppe von Behinderten zur Betreuung eines Familienaufenthaltes oder zur Begleitung einer Gruppe alter Menschen zur Verfügung zu stehen. Heute werden wir mit der Forderung konfrontiert, dass dies eine sozialversicherungspflichtige Nebenbeschäftigung sei, dass das Helfergeld somit „Einkommen“ heiße und dass es der Steuer und der Sozialversicherung unterliegen würde; dass die Gestellung der Unterkunft - im Übrigen gilt das auch für das Zelt in Norderney oder eine Scheune auf der holländischen Insel Ameland - einen geldwerten Vorteil darstelle.

Es geht hier gar nicht darum, die Finanzverwaltung anzugreifen. Es soll lediglich deutlich gemacht werden, was sich rund um uns herum verändert hat und wie uns auch solche Veränderungen ergreifen. Wenn wir eine Forderung damit verbinden können, so ist es diese, möglichst schnell eine Klärung des Status der jeweiligen Verbandsbereiche zu erreichen sowie eindeutige Verfahrensregelungen bezogen auf eine Vielzahl von Besteuerungen. Entweder sind wir auch in Zukunft gemeinnützige, steuerbefreite Betriebe und Unternehmen in vielen Bereichen oder wir sind es nicht. Was uns zurzeit sehr belastet, ist die individuelle Auslegung, die von Einzelfall zu Einzelfall besagt, dass wir es ein bisschen sind oder auch ein bisschen nicht sind. Dies macht die Arbeit mühsam und dies schafft Risiken für die Zukunft, aber genau solche möchten wir nicht mit ins neue Jahrtausend nehmen.



# Das „Unternehmen Arbeiterwohlfahrt“

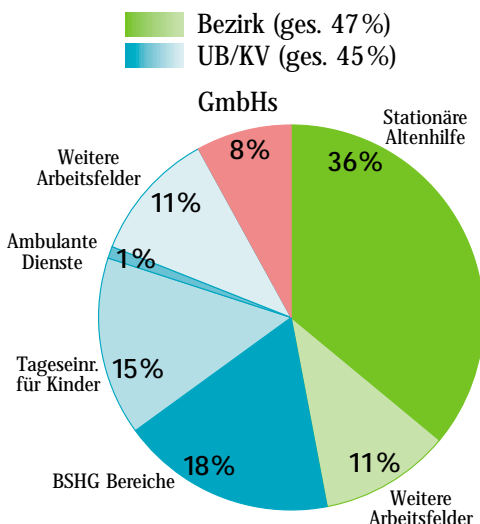
Geschäftsbereiche nach Stellen/Beschäftigten



Das Erscheinungsbild der Arbeiterwohlfahrt war 80 Jahre lang gekennzeichnet durch eine starke Mitgliedschaft, durch den regionalen Zusammenhalt in Ortsvereinen, Stadtverbänden und Kreisverbänden, durch die Entwicklung modellhafter Arbeitsansätze und durch die stetige Zunahme hauptberuflicher Arbeitsfelder. Eine wichtige Basis für diese Entwicklung war immer die enge Verzahnung von Ehrenamt und Hauptamt und die gegenseitige Befruchtung, aber auch Kontrolle der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Verbandsbereiche.

Seit den 90er-Jahren verändern sich diese Rahmenbedingungen gewaltig. Der Vorrang der Freien Wohlfahrtspflege - nachzulesen unter §10 des Bundessozialhilfegesetzes - schwindet mehr und mehr und die Trägerkonkurrenz wächst.

Geschäftsbereiche nach Umsatz



Gravierende Etappen auf diesem Wege waren die Neufassung des § 93 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) - der erstmaligen Formulierung von Wirtschaftlichkeitsregeln für Träger von sozialen Einrichtungen, das Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und die Neufassung des § 78 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).

Damit haben sich die Rahmenbedingungen für das Unternehmen „Arbeiterwohlfahrt“ gravierend verändert. Es hieß, Abschied zu nehmen vom sogenannten Selbstkostenerstattungsprinzip, die Zuwendungsfinanzierung wird zunehmend zurückgedrängt und der unternehmerische Bereich unserer Arbeit organisiert sich auch allgemein gültig mehr und mehr unter den Rahmenbedingungen einer betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen Betriebsführung.

Auf eine solche Entwicklung war die Arbeiterwohlfahrt in unserem Bezirk gut vorbereitet. Seit Mitte der 80er-Jahre führen wir unsere Bücher nach den Rahmenbedingungen des Aktienrechtes, später des Handelsrechtes. Entsprechend stellen wir unsere Bilanzen auf und lassen diese durch unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

prüfen. Im Berichtszeitraum gab es keinerlei gravierende Anmerkungen bzw. Testateinschränkungen. Alle Abschlüsse aller Unterbezirke und Kreisverbände sowie des Bezirks Westliches Westfalen erhielten in den vergangenen Jahren uneingeschränkte Testate.

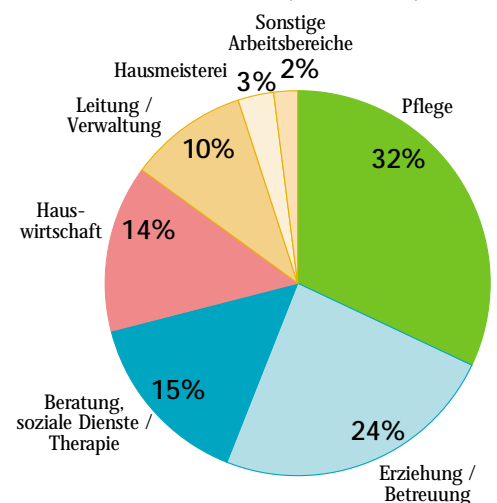
Bedingt durch eine konsequente Finanzpolitik, die keine wirtschaftlichen Risikoentscheidungen zuließ, ist es im Berichtszeitraum wiederum gelungen, Altverschuldungen aufzulösen und damit die Gesamtverschuldungsrate weiter zu senken. Gleichzeitig wurden Zukunftsrisiken, z. B. bezogen auf den Substanzerhalt, die Sanierung sowie Investitionen zur Erhaltung der Marktfähigkeit von Seniorenzentren, erfasst und Rückstellungen gebildet. Zug um Zug konnten diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Durch eine auf finanzielle Sicherheiten ausgerichtete Geschäftspolitik hat das „Unternehmen Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e. V.“ zurzeit keine aktuellen Probleme.

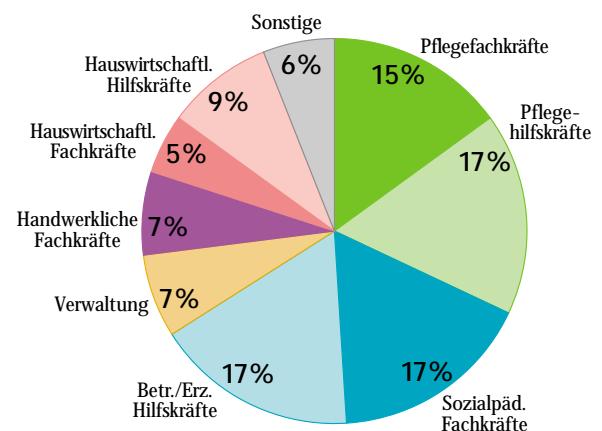
Die personelle Entwicklung muss differenziert dargestellt werden. Durch das Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) haben wir in den stationären Einrichtungen der Altenhilfe in den letzten 4 Jahren rund 10% unserer Beschäftigten (vorrangig in der Pflege) verloren. Dies begründet sich insbesondere durch die veränderten Geschäftsbeziehungen. Nicht mehr Staat und Kommune verhandeln Pflegesätze mit den Wohlfahrtsverbänden als Leistungsanbieter, sondern die Pflegekassen, in der Folge die Sozialhilfeträger mit den Leistungsanbietern (u. a. Wohlfahrtsverbänden). Hier geht es seit einigen Jahren schlichtweg nur noch um Preise. Es ist der Arbeiterwohlfahrt, aber auch den anderen Wohlfahrtsverbänden, in der Regel nicht gelungen, den Bestand an Beschäftigten sowie die tatsächlichen tarifgebundenen Kosten in Pflegesätze zu überführen.

Seit 1996 decken die erzielten Pflegesätze / Pflegesatzsteigerungen nicht mehr die ursprünglichen Basisbedingungen, geschweige Tarifsteigerungen.

**Beschäftigte nach Funktionsbereichen / Geschäftsbereichen**  
Gesamt: 13.932 (Stand 6.2000)



**Beschäftigte (gesamt) nach Qualifikation (Berufsgruppen)**





## Das Unternehmen „Arbeiterwohlfahrt“



AWO-Bezirksgeschäftsstelle in Dortmund

Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, die es baldmöglichst aufzuhalten gilt. Es kann nicht sein, immer mehr und immer bessere Leistungen für immer weniger Geld einfordern zu können, Tarifverträge zu ignorieren und Gestehungskosten eines Dienstes nicht ernst zu nehmen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Qualität dieser Dienste, auf die Wirtschaftlichkeit, dies hat u. E. auch erhebliche Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, da derartige Dienste nicht nach reinen Marktmechanismen organisierbar sind. Sehr schnell werden sich Fragen an Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft stellen. Kommen wir nicht bald zu korrigierten Lösungen, werden wir in Zukunft keine gerechte Gesellschaft mehr sein.

Im Umkehrschluss kann man feststellen, dass die Pflegeversicherung für den Bereich der Verwaltung und der sonstigen Administration eine gewaltige „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ ausgelöst hat. Hier ist es leider nicht zu den erwarteten Verwaltungsvereinfachungen gekommen. Die Verwaltungen der Pflegekassen bei den Krankenkassen wurden immens aufgerüstet, Medizinische Dienste bei den Pflegekassen im gleichen Maße und die Träger von Einrichtungen mussten folgen. Durch die sogenannte Kostenerstattung aus „einer Hand“ (die Sozialämter haben bis 1995 Renten/Beihilfen sowie Eigenanteile von Angehörigen auf sich übergeleitet) entfielen damals statistisch gesehen rd. 1,5 Buchungen auf jeden Heimbewohner / jede Heimbewohnerin pro Monat - heute hat sich diese Zahl vervierfacht. Hinzu kommen neue Entwicklungen in Sachen Hygieneanforderungen, Arbeitssicherheit, Brandschutz usw., die jeweils im erheblichen Rahmen Mehrarbeit auslösen. In diesen Bereichen mussten die Mitarbeiterzahlen in unserem Bezirk verdoppelt werden.

Durch die Veränderungen im Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder gab es erhebliche Auswirkungen auf die Unterbezirke und Kreisverbände. Nur aufgrund einer guten, vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte es gelingen, in der Regel einvernehmliche Regelungen bei der Veränderung von Arbeitsverträgen zu finden. Unter dem Strich wurden rd. 100 Stellen in diesem Bereich in den Jahren 1997 bis 1999 abgebaut.

Auch in unserem Bezirksverband, bei einem Wohlfahrtsverband also, ergaben sich in erheblichem Maße Auswirkungen durch die Anfang 1999 veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zu vormalig sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen und aus dem sogenannten Scheinarbeitsgesetz. Da wir selber kaum sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse vorgehalten haben, entstanden die Kostendrucke in der Regel bei Fremdleistungen aus dem Bereich der Reinigung und der Wäschereinigung. Die sich hieraus ergebenden Kostensteigerungen konnten nicht im Rahmen der Pflegesätze kompensiert werden.

Durch das sogenannte Scheinarbeitsgesetz war es im Bereich vieler Bildungsveranstaltungen, aber auch bei Jugendhilfeangeboten (Schulaufgabenhilfe, Betreuung von Schulkindern) nicht mehr möglich, diese Arbeitsangebote auf Honorarbasis zu vereinbaren. Die Überführung in Arbeitsverhältnisse wirkte sich bei der AWO in Form mehrerer hundert zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Gleichmaßen gefährdete und gefährdet diese Entwicklung bis

**QImpulse** AWO-Qualität

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO im Bezirksverband West, Westfalen e. V.

**Qualitätsmanagement bei der AWO**

1/1999  
Jörging L. Hagemann

**In dieser Ausgabe:**

- Qualitätsmanagement bei der AWO 2
- Einzelne QM angreifen 2
- AWO Qualität light? Ein Blick hinter die Kulissen 3
- QMSchulung & Stufe erfüllen 3
- Aufgabensysteme unter QM und GMS 3
- Qualitätsmanagement 4
- Qualität 4

QImpulse - regelmäßige Publikation der AWO zum Thema Qualitätsmanagement

## Das Unternehmen „Arbeiterwohlfahrt“

heute ganze Arbeitsgebiete, so z. B. die Betreuung von Schulkindern, da die Refinanzierungsebenen nicht auf Beschäftigungsverhältnisse und Tarifbedingungen abgestellt sind.

Nichtsdestotrotz oder gerade wegen dieser Rahmenbedingungen haben wir uns im Bezirk Westliches Westfalen entschieden, Qualitätsmanagementprozesse einzuleiten. So quasi im Vorlauf haben unsere Werkstätten für Behinderte in den Jahren 1997/1998 derartige Qualitätsmanagementprozesse durchgeführt, Qualitäts-handbücher entwickelt und im Ergebnis Zertifizierungen nach ISO-Normen erhalten. Kreisverbände folgten.



Übergabe der Zertifikate  
an die Qualitätsmanagementbeauftragten

Im Zeitraum 1998/1999 begann der Bezirksverband über alle Seniorenzentren hinweg einen Qualitätsmanagementprozess. Wir haben in einem ersten Schritt über 25.000 Menschen (Bewohner und Angehörige, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Betriebsräte, Vertreter der öffentlichen Verwaltung, Ärzte und Apotheker) im Rahmen einer Benchmarking-Analyse befragt, wie sie unsere Leistungen bewerten. Wir haben diese Ergebnisse in viele hundert Gesprächskreise in die Seniorenzentren sowie in die Bezirksgeschäftsstelle zurückgegeben, haben sie diskutiert, analysiert und sind nun dabei, ein Qualitätshandbuch zu erstellen. Zurzeit arbeiten mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben ihrer täglichen Arbeit daran, die Arbeitsprozesse bezogen auf die stationäre Altenhilfe in unserem Bezirk zu hinterfragen ggf. neu zu regeln und zu dokumentieren.

Wir konnten viele Jahrzehnte aus der Vergangenheit lernen und wir haben es nachhaltig geschafft, diese Einrichtungen zu modernisieren oder wie es neudeutsch heißt, „marktfähig“ für das neue Jahrtausend zu machen. Im Rahmen dieses Prozesses wurden bereits viele Stärken deutlich, aber auch Bereiche in denen noch viel Arbeit

vor uns liegt. Wir sind ganz sicher, diesen ersten Schritt in den nächsten 12 Monaten zu einem vorläufigen Ende zu bringen, d.h. eine Zertifizierung zu erhalten, um dann das erreichte Niveau zu halten und behutsam weiterzuentwickeln.

Wir begleiten diesen Qualitätsmanagementprozess mit nachhaltigen Investitionen in unsere Mitarbeiterschaft. Unzählige Qualifizierungsmaßnahmen für Heimleiter/innen, Pflegedienstleiter/innen, Wohngruppenleiter/innen, Hauswirtschaftsleitungen und sonstige Mitarbeiter finden statt, um mit bestem Wissen und großer Kraft die Betreuung, Versorgung und Pflege der alten Menschen in unseren Einrichtungen sicherzustellen.

Im Rahmen dieses Qualitätsmanagements erhalten auch Marktstrategien zunehmend höhere Wertigkeiten. Während wir als Wohlfahrtsverbände noch nachrangig Hilfe angeboten haben bzw. Hilfe anbieten mussten, so sind wir heute gehalten, dem Staat, den Kommunen, den Kassen, der Öffentlichkeit aktiv und professionell anzuzeigen, wie gut wir sind und warum wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle besser sind als ein Mitkonkurrent.

Traditionelle Aufgabenstellungen der Öffentlichkeitsarbeit oder der Verbandspolitik firmieren nun unter der Überschrift „Kommunikation und Innovation“. Auch hier ist die Zukunft eingeläutet. Noch im Jahre 2000 werden wir im Bezirk Westliches Westfalen unsere Internetfähigkeit hergestellt haben, d. h. wir werden neben unseren verbandspolitischen Rahmenbedingungen auch unsere sozialwirtschaftlichen Angebote im Internet präsentieren. Parallel arbeiten wir mit Hochdruck an der Schaffung eines Intranet, um die Kommunikationswege zwischen der Bezirksgeschäftsstelle und ihren Einrichtungen, zwischen der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes und den Geschäftsstellen der Unterbezirke und Kreisverbände schneller und damit effektiver zu machen.

Wir sind auf das neue Jahrtausend vorbereitet.

# Wohlfahrtspflegerische Rahmenbedingungen



„Neues Beginnen“

Am 24. September 1999 haben wir im Bezirksverband Westliches Westfalen eine neue Veranstaltungsreihe unter der Überschrift „Neues Beginnen“ vorgestellt. Die erste Veranstaltung zum Thema der „Entwicklung der Wohlfahrtsverbände zwischen Ökonomisierung und Europäisierung bei neuer bürgerschaftlicher Orientierung“ hatte als Hauptideengeber Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt, den Dekan des Fachbereichs Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland Westfalen - Lippe in Bochum, zu Gast.

Mit Norbert Wohlfahrt ist festzustellen, dass die Wohlfahrtsverbände seit einigen Jahren einen Prozess der Neugestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Freier Wohlfahrtspflege beobachten. Dieser Prozess wird gemeinhin als „Ökonomisierung des Wohlfahrtssektors“ bezeichnet, weil die Maßstäbe der Reorganisation betriebswirtschaftlichen Betrachtungen entstammen und „Markt“, „Konkurrenz“ und „Wettbewerb“ einen höheren Stellenwert erhalten als in früheren Zeiten. Ziel dieser Entwicklung ist es, die Trägerlandschaft zu verbreitern und Trägerkonkurrenz zu initiieren. Damit wird automatisch der Begriff des Freien Trägers mehr und mehr abgeschafft und das viele Jahre geltende Subsidiaritätsprinzip zurückgedrängt.

„Die gesamte Sozialgesetzgebung ist dabei, nachzuholen, was 1995 mit dem Pflegeversicherungsgesetz eingeleitet wurde: Die Einführung eines Systemwechsels bzw. Paradigmenwechsels in der sozialen Arbeit; was anfänglich auf einen Teilbereich der sozialen Arbeit beschränkt war, hat sich zum konstruktiven Merkmal des gesamten sozialen Dienstleistungssektors weiterentwickelt.“ Hieraus entstehen neue „Geschäftsbeziehungen“ zwischen Staat und nichtöffentlichen Anbietern (freien und gewerblichen Anbietern). Die zu Anbietern und Leistungserbringern gewordenen Träger sozialer Hilfen und Einrichtungen sind über den Preis und die Qualität der von ihnen erstellten und erbrachten Leistungen vergleichbar geworden. Staat und Verwaltung greifen verstärkt auf die im Allgemeinen Verwaltungsrecht enthaltene Möglichkeit zurück, Marktsteuerung durch veränderte Finanzierungsarten wahrzunehmen. „Durch die Einführung leistungsbezogener Entgelte wird in weiten Bereichen des organisierten Helfens die klassische Zuwendungsfinanzierung nicht eliminiert, aber doch stark zurückgedrängt und durch neue privatrechtliche Vertragsformen ersetzt.“



v. l. n. r.: Finanzstaatssekretär Ernst Gerlach,  
Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt,  
Tom Hegemann (WDR), Siegfried Pogadl  
(Sozialdezernent der Stadt Dortmund),  
Wolfgang Altenbernd (AWO Geschäftsführer)



Nach Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt ergeben sich aus dieser Entwicklung für die Freie Wohlfahrtspflege folgende Veränderungen:

- Die Wohlfahrtsverbände werden als nach wie vor dominante Leistungsträger im Sozialbereich schrittweise von einem Dienst bzw. einer Einrichtung zu einem Unternehmen transformiert. Die Unternehmen der Verbände gehen deshalb dazu über, die Dienste und Einrichtungen in einer Sparte als eigenständigen Geschäftsbereich zu etablieren. Strategische Steuerungen müssen etabliert werden.
- Die Wohlfahrtsverbände sind in der Bundesrepublik der bedeutendste Teil des sogenannten dritten Sektors, den man empathisch als das „soziale Gewissen“ des Modells Deutschland bezeichnen könnte, das für die Einhaltung gewisser Standards der Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit verantwortlich zeichnet.
- Der neue Wohlfahrtsmix, der sich in Folge der Ökonomisierung des Sozialsektors herauszubilden beginnt, beinhaltet eine Veränderung der bisherigen Ergänzung und Unterstützung zwischen Staat, Markt und Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation. 3 Elemente charakterisieren dabei den veränderten Wohlfahrtspluralismus:
  - Der Staat zieht sich aus seiner betreuenden und fürsorgenden Rolle stärker zurück und sieht es als Aufgabe der Politik an, die Gesellschaft zu aktivieren und nicht sie zu bedienen.
  - Dabei setzt dieser Ansatz bei den Ressourcen an, die jeder Mensch bzw. die Gesellschaft hat und nicht an ihren Defiziten. Dies erfordert mehr Wettbewerb und Konsumorientierung in der Sozialpolitik.
  - Angesichts dieser neuen gesellschaftlichen Bedürfnisse müssen die einheitlichen, standardisierten und formalisierten Wohlfahrtskonzepte in Richtung einer größeren Vielfalt und Selbstbestimmung verändert werden.
- Die Freie Wohlfahrtspflege, die sich traditionell als eine „Organisation der Basis“ versteht, hat ihre spezifische Aufgabe in der Vernetzung von Selbsthilfe, freiwilligem Engagement und professioneller Hilfe. Diese Brückenfunktion, die zukünftig noch an Bedeutung gewinnen wird, richtet sich vorrangig auf die Ausschöpfung der Potenziale der unterschiedlichen Formen bürgerschaftlichen Engagements.

Diese Ausführungen, die in einer Sonderdokumentation erhältlich sind, machen deutlich, in welche Richtung die Entwicklung gehen wird. Alle Bereiche unseres Verbandes werden auf dem Prüfstand stehen.

# Hilfen für Senioren

## Stationäre Altenhilfe



„... der Mensch im Mittelpunkt ... Verbindung von Harmonie und Kompetenz ... sich Wohlfühlen im Vertrauten ...“

aus der Broschüre:  
„AWO-Seniorenzentren“

Im Bereich der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V. gibt es 52 Seniorenzentren. Insgesamt werden in unseren Seniorenzentren über 7.000 Bewohner/innen von ca. 4.800 Mitarbeiter/innen betreut.

Durch die Einführung der Pflegeversicherung und die damit einhergehenden Veränderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen hat die Freie Wohlfahrtspflege als Anbieter von Pflegeleistungen ihre Vorrangstellung verloren. Die Freie Wohlfahrtspflege und damit auch die AWO hatte sich damit dem freien Spiel des Marktes zu stellen.

Dies bedeutet für die Seniorenzentren der Arbeiterwohlfahrt, sich mit völlig neuen Anforderungen auseinanderzusetzen.

Es muss nicht nur gute Arbeit geleistet werden, die den vielen immer restriktiver werdenden gesetzlichen Anforderungen entspricht, sondern diese geleistete Arbeit muss auch vermarktet werden.

Um im Wettbewerb bestehen zu können, hat der Bezirksverband seine Anstrengungen verstärkt, trotz der engen rechtlichen Rahmenbedingungen und der begrenzten finanziellen Mittel, die Konzeptionen und die baulichen Strukturen der Häuser so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der immer pflegebedürftiger werdenden Bewohnerinnen und Bewohner entsprechen.

Dazu wurde unter anderem die Idee des „Roten Fadens“ auch in älteren Häusern umgesetzt. Hiermit wird die Lebensqualität und damit die Attraktivität in unseren Häusern gesteigert. Das Ambiente der öffentlich zugänglichen Räume unserer Seniorenzentren soll die Lebenserfahrung, die Arbeitssituationen und die schönen Stunden der Freizeit wach halten und vielleicht auch anderen erfahrbar machen. Denn wir wissen, wie wichtig es ist, die Erinnerung und die Phantasie der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhalten und neu anzuregen, wenn die körperlichen und geistigen Kräfte schwinden.

Ebenso wurde durch die Schaffung von Pflegeinfrastruktur und die Verlegung von Aufenthalts- und Gemeinschaftsräumen in die Wohnbereiche einer angemessenen Versorgung zunehmend gebrechlich werdender Bewohner/innen Rechnung getragen.

So konnte das Ziel erreicht werden, die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen zu erhalten und sie trotz aller Konkurrenz am Markt zu behaupten.

Ob dies auch für die Zukunft gelingt, hängt allerdings nicht nur von den Veränderungen ab, die der Bezirksverband mit eigenen Mitteln leisten kann.

Ein großes Problem, das uns in den letzten Jahren begleitet hat, ist die personelle Ausstattung der Seniorenzentren. Hier haben sich die Pflegekassen nicht unbedingt als Partner zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner gezeigt, sondern als Sparkommissare, die allein die finanzielle Seite betrachten und die festgeschriebene Beitragsstabilität zum Maß aller Dinge machen. Dies spiegelt die gelebte Praxis der Pflegesatzverhandlungen wider. Auch die jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe zum Heimbewohnerschutzgesetz und zum Pflege-Qualitätssicherungsgesetz rütteln nicht an diesem Grundsatz, obwohl in den Kommentierungen der Gesetzentwürfe gefordert wird, dass nicht nur Selbstkosten erstattet werden sollen, sondern Leistungen vergütet, die sich nach dem Versorgungsbedarf des Einzelnen richten, um alten Menschen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Es wird sich zeigen, ob die Pflegekassen vor dem Hintergrund der geplanten Leistungs- und Qualitätsvereinbarung bereit sind, die finanziellen Mittel für eine Personalausstattung zur Verfügung zu stellen, die nötig ist, um allen - auch den dementen Bewohnerinnen und Bewohnern - die Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um unter den eigenen eingeschränkten Möglichkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen.



„... Wir wissen, dass es wichtig ist, die Erinnerung und auch die Phantasie wach zu halten und auch neu anzuregen. Darum handeln wir. ...“

aus der Broschüre:  
„Seniorenzentren der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen“ zu erhalten beim Bezirksverband

## Hilfen für Senioren

### Ambulante Pflegedienste



Ambulante Pflegedienste/Sozialstationen gehören seit vielen Jahren zum festen Angebotsspektrum des Verbandes.

Die letzten Jahre waren davon geprägt, dass sich die betriebswirtschaftliche Situation der Pflegedienste kontinuierlich verschlechterte. Deutlichster Ausdruck dessen ist die Schließung des ambulanten Pflegedienstes des UB Dortmund und die teilweise Schließung im KV Steinfurt und im UB West-Münsterland in Dülmen. Einige Gründe für diese Entwicklung, die in gleicher Weise generell für alle Pflegedienste gelten, seien hier beispielhaft aufgeführt:

- 1996 festgesetzte Vergütungen für Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz wurden seitdem nicht angepasst. Kostensteigerungen konnten somit nicht aufgefangen werden. Von den Pflegekassen zuletzt angebotene neue Vergütungsmodelle wurden zu Gunsten einheitlicher Strukturen für alle Wohlfahrtsverbände abgelehnt.
- Für Vergütungen der pflegerischen Leistungen nach dem Krankenversicherungsrecht wurde 1998 auf Druck der Krankenkassen eine völlig neue Vergütungssystematik eingeführt, die zu enormen Erlöseinbußen geführt hat. Dazu kam, dass sich die „Verschiebep Praxis“ der Krankenkassen weiter verschärfte. Ansprüche von kranken Menschen auf pflegerische Leistungen aus der Krankenversicherung wurden von den Krankenkassen mit Verweis auf Pflegebedürftigkeit und eventuelle Ansprüche im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes abgelehnt.



Den zurückgehenden Erlösen, der wirtschaftlich sich verschlechternden Situation und dem wachsenden bürokratischen Aufwand stand die Entwicklung gegenüber, eine immer bessere Qualität der Dienstleistung vorweisen zu müssen, ohne dafür jedoch eine angemessene Vergütung zu erhalten.

Prägnantes Beispiel hierfür ist das Verhalten der Betriebskrankenkassen (BKK), die zunächst durch ihren Landesverband den neuen



Rahmenvertrag über häusliche Pflegeleistungen nach SGB V gemeinsam mit allen anderen Landeskrankenkassenverbänden unterschrieben haben; unmittelbar danach wurde deutlich, dass der größte Teil der örtlichen BKK's diesem Vertrag nicht beitreten würde. Letztlich wurde generell von allen BKK die Mitgliedschaft zu diesem Rahmenvertrag mit den Wohlfahrtsverbänden aufgekündigt.

In der Folge versuchen seit 1999 einzelne BKK bzw. regionale Gruppierungen, ambulante Pflegeleistungen für ihre Versicherten zu „Dumping-Preisen“ einzukaufen; es werden einzelne Anbieter gesucht, die bereit sind, exklusiv zu deren Bedingungen zu arbeiten. Damit besteht für deren Versicherte keine Freiheit in der Wahl eines Pflegedienstes mehr; es ist nicht mehr gewährleistet, dass eine gleich gute Versorgung in ländlichen wie städtischen Region angeboten wird.

Begleitet wird dieses Geschehen seit 1999 von einer sogenannten „Qualitätsoffensive“ der BKK, die die angeblich schlechte Qualität ambulanter Pflegeleistungen anprangert. Die BKK stellen sich so in der Öffentlichkeit fälschlicherweise als diejenigen dar, denen als einziger Kassenart an besserer Qualität gelegen ist.

Dabei wird durch unsere Pflegedienste nicht bestritten, dass an manchen Stellen Qualitätsverbesserungen notwendig sind. Aber unsere Vorstellungen von Qualität sind teilweise andere. So machen wir Qualität z. B. nicht an der Größe des Pflegedienstes und der Anzahl von Fachkräften fest, sondern daran, dass gute und sichere Pflege geleistet und hohe Kundenzufriedenheit erreicht werden.

Perspektivische Einschätzungen sind schwierig zu geben:

Im Bereich der Leistungen der Krankenversicherung wird die weitere Entwicklung im Zusammenhang mit den Betriebskrankenkassen für das gesamte Spektrum entscheidend sein: werden sich örtliche





## Hilfen für Senioren

BKK mit ihren Vorstellungen durchsetzen, werden andere Kassenarten diesem Beispiel folgen: Auch hier könnten dann landesweit mit den Krankenkassen vereinbarte Standards und Preise bald der Vergangenheit angehören.

Die Bestrebungen des Landes NRW, Kommunalisierung voranzutreiben, wird auch im Bereich der Altenhilfe spürbar. Am Beispiel der Förderung für komplementäre ambulante Dienste kann diese Entwicklung aufgezeigt werden. Regelförderungen des Landes sollten bereits ab 1999 wegfallen. Kommunen sollten stattdessen in die Finanzierung eintreten. Allerdings wehren sich Kommunen gegen diese Aufgabenverlagerung mit der Folge, dass ungleiche Lebensbedingungen für alte und kranke Menschen in den Städten und Kreisen in NRW entstehen.

Arbeiterwohlfahrt und Konzernbetriebsrat sind in diesem Jahr erstmals in einem gemeinsamen Appell an Beschäftigte im Bereich ambulanter Versorgung herangetreten, um bei ihnen wie auch bei den örtlichen Trägern dafür zu werben,

alles für den Erhalt dieses Dienstleistungssektors zu tun.

Inwieweit die Entwicklungen dazu führen werden, ambulante Pflegedienste bei der Arbeiterwohlfahrt in breiter Form zu erhalten, ist eine offene Frage.



### Tagespflege

Einrichtungen der Tagespflege haben sich mittlerweile zu einem festen Bestandteil in der Angebotspalette von Kreisverbänden und Unterbezirken entwickelt und stellen dort einen wichtigen Beitrag

dazu dar, dass alte und kranke Menschen längstmöglich in ihrer häuslichen Umgebung verbleiben können.

Dieses Arbeitsfeld war im positiven Sinne von Kontinuität geprägt.

## Kurzzeitpflege

Die meisten pflegebedürftigen alten Menschen werden von Angehörigen zu Hause gepflegt. Daher existiert ein Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen in besonderen Situationen, wie z. B. Krankheit oder Urlaub der pflegenden Person.

Neben einigen Angeboten in Kreisverbänden und Unterbezirken bieten wir innerhalb unserer stationären Einrichtungen insgesamt 266 Plätze in Form von „eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen“ an.

Eingestreut bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die vollstationären Plätze auch für Kurzzeitpflege genutzt werden können. Diese eingestreuten Plätze ergänzen das separate Kurzzeitpflegeangebot insbesondere in Zeiten hoher Nachfrage.

Von den in unseren Seniorenzentren anerkannten 266 eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen wurden im Jahre 1999 insgesamt 5,5 % für diesen Bedarf genutzt.

Die mögliche Bereitstellung dieser Plätze geht mit steigender Nachfrage für Dauerpflegeplätze in den letzten Jahren kontinuierlich zurück.



Blutdruckmessung  
im Rahmen der Tagespflege

# Arbeit, Ausbildung, Beschäftigung



Im AWO Bezirk Westliches Westfalen werden 7.700 arbeitslose Frauen und Männer qualifiziert und beschäftigt, beraten und begleitet, neuerdings auch vermittelt. Dieses Engagement stellt sich als eine vielfältige arbeitsmarktpolitische Landschaft dar, die sich in einem ständigen Erneuerungsprozess befindet. Neue Anforderungen und Entwicklungen werden aufgegriffen und in Projekten realisiert.

Der wachsenden Bedeutung des Internets stellte sich beispielsweise der Unterbezirk Ruhr-Mitte und entwickelte den Lehrgang „WEB-DESIGNER“. Mehrere Unterbezirke richteten ein Internet-Cafe ein, z. B. in Hamm und in Hagen - Märkischer Kreis.

Dem europäischen Zusammenwachsen folgend, führten die Unterbezirke Ennepe-Ruhr und Unna transnationale Projekte mit Migrantinnen bzw. mit Sozialhilfeempfängerinnen durch. Der Unterbezirk West-Münsterland bereitete im Berichtszeitraum eine grenzüberschreitende Maßnahme „Arbeiten in den Niederlanden“ vor.



Der zunehmenden Stadtteilorientierung folgend entwickelte der Unterbezirk Dortmund ein spezifisches Projekt auf der Grundlage des „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres“ im Rahmen der Sozialen Stadt. Ebenfalls neu konzipiert wurden in Hamm-Warendorf arbeitsvermittelnde Aktivitäten in Verbindung mit Assessment-Verfahren.

Im Rahmen des neuen Landesprogrammes „Jugend in Arbeit“ wurden in 10 Kommunen neue Kontakte zur Wirtschaft geknüpft und Jugendliche in Betriebe vermittelt. Ein Kleinbus war das Vehikel, mit dem im Ennepe-Ruhr-Kreis eine neue Form der aufsuchenden und motivierenden Jugendberufshilfe auf der Basis des Sonderprogrammes der Bundesregierung in Angriff genommen wurde.

Ebenso vielfältig wie die Entwicklung dieser arbeitsmarktpolitischen Landschaft ist die Tätigkeit des Bezirkes: Sie beginnt verbandsintern mit der frühzeitigen Orientierung auf strategische Entwicklungen, z. B. der Strukturreform des Arbeitsförderungsrechtes und der zeitnahen Information über neue Programme wie z. B. „Jugend in Arbeit“.

# Sozialpolitische Schwerpunkte

Sie führt weiter zur direkten Information, Beratung und konkreten Zu- und Mitarbeit in den Gliederungen bei der Neu- und/oder Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Projekte. Unterstützungen erfolgen darüber hinaus durch Rundschreiben und Diskussionen im Bezirksarbeitskreis „Arbeitsmarktpolitik“. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum zur inhaltlichen Weiterentwicklung mehrere Werkstattgespräche mit externen Partnern durchgeführt, u. a. zur Optimierung von Hilfeplänen, zu Assessment-Centern und zu aktivierenden Instrumenten .



Nach der Neu- bzw. Weiterentwicklung u. a. von Programmen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ und „Jugend in Arbeit“ im Berichtszeitraum war und ist die im März 2000 begonnene strukturelle Neuorientierung der Landesarbeitsmarktpolitik von herausragender Bedeutung. Sie ist gekennzeichnet durch die strikte Regionalisierung der Mittelvergabe und der Konzeptionierung in Kooperation mit der Landesregierung.



Dieser neuartigen Herausforderung wurde u. a. mit einem erstmals entwickelten Handbuch: „Zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes NRW“ begegnet. Darüber hinaus wurden intensive Gespräche mit Geschäftsführern vor Ort geführt und zusätzliche neuartige Arbeitskontakte zu Fachwissenschaft und Landespolitik geknüpft. Des Weiteren hat der Vorstand des Fachverbandes „Arbeitsmarktpolitik“ Vorarbeiten geleistet, diesen zu einem wirkungsvollen arbeitsmarktpolitischen Instrument des Bezirkes zu entwickeln.

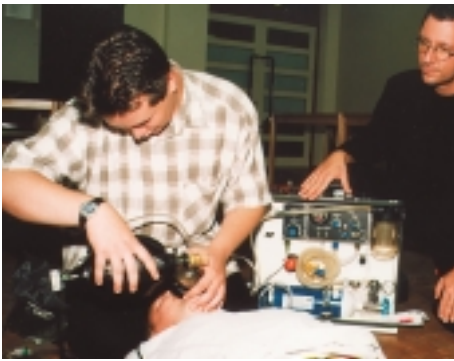


Von strategischer mitgestaltender Bedeutung war und ist der Arbeitskreis „Arbeitsmarktpolitik“ auf Bundesebene, bestehend aus Vertretern SPD-regierter Bundesländer, aus Gewerkschaftsvorständen, wissenschaftlichen Instituten und einem Vertreter aus dem AWO Bezirk Westliches Westfalen. Angesichts der beginnenden Strukturreform-Diskussion des Arbeitsförderungsrechtes wurden Interessen und Bedarfe aus der Praxis in die kürzlich veröffentlichten „Eckpunkte für die Reform der Arbeitsförderung“ des Arbeitskreises eingebracht.



# Ausbildung und Qualifizierung

## Fachseminare für Altenpflege



Der Bezirksverband betreibt 7 Fachseminare für Altenpflege. In einer dreijährigen Ausbildung werden die Schülerinnen und Schüler in einer Kombination aus theoretischem Fachunterricht und praktischer Erprobung in Altenpflegediensten und -einrichtungen sowie Krankenhäusern zu staatlich anerkannten Altenpfleger/innen ausgebildet.

In den 7 Fachseminaren befinden sich derzeit 535 Menschen in der Fachausbildung, davon sind 436 Frauen und 99 Männer.

Sie werden von 37 hauptamtlich Beschäftigten ausgebildet. Auch in der Ausbilderstruktur dominieren die Frauen mit 31 Stellen, die Männer belegen 6 Stellen. Neben den hauptamtlich Beschäftigten ergänzt eine Vielzahl von Honorarbeschäftigten die Ausbildungsteams und sichert so die breitgefächerten Ausbildungsinhalte auf hohem Niveau.



Dennoch wird die Altenpflegeausbildung seit Jahren wiederkehrend vor Unabwägbarkeiten gestellt.

Die Zahl der Ausbildungsplätze in NRW wird jährlich auf politischer Ebene neu definiert, wobei der Bedarf an qualifiziert Ausgebildeten und die Finanzierung der Ausbildungsplätze in scheinbar unauflösbarem Konflikt zueinander stehen.

Die sich hieraus ergebenden jährlich schwankenden Rahmenbedingungen binden viele Kräfte und lösen sowohl bei Ausbildungsinteressierten als auch bei in der Ausbildung Beschäftigten große Verunsicherung aus.

Der Bezirksverband als Träger der Fachseminare ist daher bemüht, im Kontext mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege mit dem Land NRW Rahmenbedingungen langfristig auszuhandeln und einen verbindlichen Qualitätsstandard zu entwickeln.



## Krankenpflege

Unter dem Dach des Lucy-Romberg-Hauses in Marl betreibt der Bezirksverband eine Krankenpflegeschule.

Diese Krankenpflegeschule ist von ihrer Konzeption her etwas Besonderes, da die Schülerinnen und Schüler während der Ausbildung bei der Arbeiterwohlfahrt angestellt sind und die Ausbildung selbst im Auftrag der Paracelsus-Klinik in Marl stattfindet.

Zur Absicherung des Ausbildungsziels und der Sicherung der Betriebskosten besteht zwischen dem Bezirksverband und der Paracelsus-Klinik ein Kooperationsvertrag, der in der praktischen Ausgestaltung von allen Beteiligten positiv gelebt wird.

Zurzeit befinden sich in 3 Ausbildungsjahren insgesamt 41 Schülerinnen und 11 Schüler. Sie werden von 4 hauptamtlich Beschäftigten (3 Frauen und 1 Mann) ausgebildet. Dieses Team wird durch Ärzte und Ärztinnen der Paracelsus-Klinik fächerbezogen unterstützt.



## Familienpflege

Die Familienpflegeausbildung findet derzeit mit einer Ausbildungsstelle beim Unterbezirk Bochum und einer beim Unterbezirk Unna statt.

Die Rahmenbedingungen der Familienpflegeausbildung sind mit denen der Altenpflegeausbildung vergleichbar schwierig. Auch sie unterliegen jährlichen Veränderungen, die nicht von der Förderpolitik des Landes, sondern in einem großen Maße von der der Arbeitsämter abhängig sind.

Das Ausbildungsprofil der Familienpflege schwankt zwischen den Bereichen „Gesundheitswesen“ (Altenhilfe) und „Familienunterstützende Maßnahmen“, z. B. bei Krankheit von Erziehungsberechtigten.

# Fort- und Weiterbildung

## ■ Zukunft gestalten und sichern

Das Lotte-Lemke-Bildungswerk (LLB) hat seit Gründung durch den Bezirksvorstand im Jahr 1984 stets ein Leitbild: das lebensbegleitende Lernen.

Angebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, für interessierte Mitbürger/innen sowie für sozial Engagierte sind Kernbereiche der Bildungsarbeit.

Bildung soll dabei mehr als Qualifikationsvermittlung sein, die sich aus den Erfordernissen der Ökonomie ergibt. Wir wollen stets zwei Aufgaben erfüllen: Sachwissen und Orientierung in einer immer unübersichtlicheren Welt vermitteln.

## ■ ... durch Fortbildung

Bildung und Wissen zu vermitteln, ist unverzichtbares Ziel der Arbeiterwohlfahrt.

Im Fortbildungsbereich des Lotte-Lemke-Bildungswerkes kooperieren wir mit den Fachbereichen unseres Verbandes, um das AWO-eigene Bildungs- und Qualifizierungsverständnis konkret in die Praxis umzusetzen sowie aktuelle berufsbezogene Erkenntnisse zu vermitteln.

Denn die Mitarbeiter/innen benötigen umfassendes Fachwissen und kompetente soziale Fähigkeiten, um ihre Arbeit in den Einrichtungen und Diensten unseres Verbandes effektiver und effizienter zu gestalten.

Die inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit dem Lucy-Romberg-Haus der AWO in Marl führte dazu, die Angebotsliste von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter/innen in der ambulanten und stationären Altenhilfearbeit inhaltlich/konzeptionell wieder aufzunehmen und weiterzuentwickeln.



# Sozialpolitische Schwerpunkte

Mit einer Angebotsreihe der seit 1999 eingerichteten Leitungsakademie „NEUES BEGINNEN“ verfolgen wir das Ziel, die Weiterqualifizierung von Führungskräften des Bezirks und seiner Untergliederungen voranzutreiben, die eigene Leitungsrolle und Leitungskonzeption im gegebenen Rahmen unserer Organisation zu reflektieren, Linien für zeitgemäßes Management zu entwickeln und persönliche Führungskompetenzen zu optimieren.

In Zusammenarbeit mit dem vom Bezirksvorstand berufenen Qualitätsmanagementbeauftragten steht das Lotte-Lemke-Bildungswerk mit organisierten und finanzierten Fortbildungsaktivitäten diesem Prozess der Einführung von Qualitätsstandards zur Verfügung.

Das LLB wird zukünftig als Teil eines Bildungsnetzwerkes den Hauptamtlichen zur Seite stehen, wenn es gilt, die eigenen Fachkenntnisse zu erweitern und die Handlungskompetenzen zu stärken.

## ...durch Weiterbildung

Im Berichtszeitraum bot das Lotte-Lemke-Bildungswerk mit seinen Außenstellen in Bochum, Ennepe-Ruhr, Gelsenkirchen, Hagen, Hochsauerland/Soest und Münster Seminare und Kurse an, die sich an der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der praktischen Gestaltung der Zukunft orientieren.

Zusätzlich bieten im Bezirksbereich die in den Gliederungen Bottrop / Lüdenscheid / Schwerte-Holzen / West-Münsterland (Bocholt) tätigen und effizient arbeitenden Familienbildungswerke konsequent familienorientierte Bildungsveranstaltungen an.

Die Themenangebote wenden sich vorrangig an die vielen ehrenamtlich sozial engagierten Mitarbeiter/innen und Funktionsträger/innen im Verband, um ihnen in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe stets eine zuverlässige Hilfe und Orientierung zu geben.

Mit geringer finanzieller Unterstützung durch das Land NRW und mit erheblichen Eigenmitteln des Bezirksverbandes und seiner Gliederungen konnten im Berichtszeitraum von unseren Einrichtungen jährlich rd. 14.700 Frauen und Männer sowie 4.300 Kinder erreicht werden.

Unsere Anstrengungen gehen dahin, zukünftig nicht nur mehr Teilnehmer/innen für unsere Angebote zu begeistern, sondern allen sozial engagierten Freiwilligen kompetenter und zuverlässiger Ansprechpartner zu sein.



Fortbildung und Weiterbildung -  
die Broschüren des  
Lotte-Lemke-Bildungswerkes sind  
zu beziehen über jeden  
AWO-Kreisverband

# Tageseinrichtungen für Kinder



Die Arbeiterwohlfahrt trägt den veränderten Lebensentwürfen von Familien Rechnung. Sie bezieht alle Formen des Zusammenlebens als gleichwertig ein. Die konzeptionelle Weiterentwicklung in unseren Tageseinrichtungen für Kinder zielt darauf ab, mit qualifizierten Erziehungs- und Bildungsangeboten eine verlässliche Betreuung sicherzustellen. Fortbildungs- und Beratungsangebote werden genutzt, den eigenen Standort zu reflektieren und die personelle und fachliche Kompetenz für die Ausgestaltung einer zukunftsweisen den Angebotsstruktur zu erlangen.



Seit Herbst 1999 wird in 37 Erprobungsmaßnahmen überprüft, inwieweit sich neue Angebotsstrukturen als Regelangebote auf andere Einrichtungen übertragen lassen. Inhalte dieser Erprobungsmaßnahmen sind:

- erweiterte Altersmischung (z. B. 2 bis 10 Jahre)
- Blocköffnungszeiten (7.00 Uhr bis 14.00 Uhr)
- Vernetzung mit anderen Diensten im Stadtteil
- Schulkinderbetreuung in Regelkindergärten



Unverändert seit dem letzten Berichtszeitraum ist die hohe Nachfrage nach Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und für Kinder über 6 Jahren.

Das Land stellt ab 2000 zusätzlich Mittel für die Betreuung von Schulkindern außerhalb der GTK-Finanzierung bereit (SIT). Es ist nicht abzusehen, ob diese Maßnahmen den Qualitätsstandard erreichen, der bislang für die bewährten Jugendhilfeangebote Hort, Schulkinderhaus, große altersgemischte Gruppe angelegt wurde.

Nachfolgend stellen wir stellvertretend für viele unserer Einrichtungen die Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt Warendorf, Reichenbacherstraße, vor, als Beispiel für eine bedarfsgerechte, kindorientierte Angebotsstruktur:

Die genannte Kindertagesstätte betreut 80 Kinder von 4 Monaten bis 14 Jahren. Die Einrichtung öffnet ihre Türen um 6.50 Uhr und bietet bis um 17.00 Uhr überlange Öffnungszeiten an.

Die meisten Eltern sind berufstätig, mindestens teilzeitig. Das Einzugsgebiet für die Tagesstättenkinder geht weit über das direkte Wohnumfeld hinaus, aus dem die 25 Kindergartenkinder kommen.



# Sozialpolitische Schwerpunkte

Gerade Frauen brauchen diese große zeitliche Flexibilität. Sie müssen oder wollen schon kurz nach der Geburt zurück in den Beruf und haben darüber hinaus noch eine besondere „Betreuungslücke“ in den ersten Schuljahren. Die meisten Kinder bleiben viel länger als die üblichen 3 Jahre in der Einrichtung. Die Mitarbeiter und die Eltern kennen sich gut und arbeiten vertrauensvoll zusammen. Viele Eltern bringen ihr ehrenamtliches Engagement ein, besonders intensiv bei der Gestaltung des Außengeländes.



Für die Kinder ist diese Einrichtung ein stabiler Lebensort. Sie verbringen dort einen Großteil des Tages mit allen alltäglichen Abläufen wie Essen, Schlafen, Schularbeiten machen, Einkaufen, Freunde einladen. Sie erleben soziale Situationen, die sie zuhause nicht (mehr) kennen: andere Kinder, Kinder unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Nationalitäten, behinderte Kinder. Sie haben eine Vielzahl an Spielräumen und Lernangebote, um kreativ, neugierig und aktiv ihr Leben zu entwickeln und zu gestalten.

Die Arbeit in dieser Einrichtung stellt hohe Anforderungen an die Qualität und Flexibilität der Mitarbeiter. Das pädagogische Konzept ist geschrieben und doch immer wieder in der Diskussion. Die Kleinen brauchen eher Orientierung und Nähe der festen Bezugspersonen, die Schulkinder dagegen Freiräume um sich zurückzuziehen oder mit Gleichaltrigen zu spielen, auch außerhalb der Einrichtung.



60 Kinder bleiben über Mittag in der Einrichtung, eine Köchin bietet eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung. Die Kinder können sich an der Zubereitung beteiligen, sie kochen auch selbst und aktivieren ihre Sinne durch Riechen und Schmecken der Speisen. Selbstangebautes Gemüse und Obst werden verarbeitet.

Das Lernen durch Bewegung, was in städtischer Umgebung immer weniger möglich ist, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Räume der Einrichtung. Ein vielfältiges, naturnahes Außengelände und eine dauernde Bewegungsbaustelle werden diesem Ziel gerecht.

Noch viel mehr wäre zu benennen. Wir wollen deutlich machen, dass Kindertageseinrichtungen sich den Veränderungen der Gesellschaft stellen. Eine bunte Vielfalt, aus der Kinder und Erwachsene wählen, was sie für sich brauchen, muss sich entwickeln. Mitarbeiter und Träger reagieren darauf und stellen sich den Anforderungen in einer intensiven und breiten Diskussion um neue Dienstleistungsangebote und die qualitative Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit.



# Beratung und Betreuung

## Beratungs- und Betreuungsdienste im Arbeitsfeld Migration



Beratungs- und Betreuungsdienste im Arbeitsfeld Migration haben die Hilfestellung und Unterstützung von Migranten, die Verbesserung der Chancen für ein friedvolles Zusammenleben und der Partizipation zum Ziel. Zielsetzungen waren weiterhin Erhalt und Ausbau der Programme und die Qualitätssicherung.

Handlungsleitend war dabei die Motivation, die Sozialdienste derart zu qualifizieren und zu präsentieren, dass sie den anerkannten Bestandteilen der Regelversorgung hinzugerechnet werden.

Während frühere Jahre davon geprägt waren, dass Kürzungen bei den Finanzierungsanteilen des Bundes bzw. des Landes NRW zu Stellenabbau führten, können für den Berichtszeitraum trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen bezüglich der allgemeinen Haushaltslage überwiegend positive Entwicklungen verzeichnet werden.

Bei den Sozialberatungsstellen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien konnten in geringem Umfang neue Stellen geschaffen bzw. freie Stellen wieder besetzt werden.

Gleiches gilt für das Programm „Jugendgemeinschaftswerke“ (JGW). Zum Beispiel konnte beim Kreisverband Münster im Stadtteil Kinderhaus ein neuer Standort eines JGW geschaffen werden.

Besonders positiv herauszustellen sind die Ansätze von stadtteil- und gemeinwesenorientierter Integrationsarbeit z. B. in Soest und Münster-Kinderhaus. Hier wurde nicht nur die Forderung von Land und Bund nach Tätigwerden in sozialen Brennpunkten aufgegriffen, sondern hier gelang es an beiden Standorten, zusätzlich zu Projektfinanzierungen von Bund und Land auch kommunale Kofinanzierungen einzubringen.

Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich derzeit beim UB Ruhr-Mitte ab.



Bei den Familienberatungsstellen - finanziert aus dem Programm des Bundes für erwachsene Aussiedler und deren Kinder - ist derzeit ein Status quo zu verzeichnen, weiteren Ausbau wird es nicht geben. Im Gegenteil sollen hier zukünftig frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden. Langfristig wird wohl nicht zu verhindern sein, dass der Bund dieses Förderprogramm einstellt.

Das zunächst bis 1998 befristete Programm des Landes zur Beratung und Betreuung von Flüchtlingen konnte auf politischen Druck gegen die Absichten des Finanzministeriums in unveränderter Form fortgeschrieben werden (Flüchtlingsberatungsstellen). Herauszustellen ist hier, dass auch in diesem Arbeitsfeld neben landesprogrammgeförderten Stellen kommunale Finanzierungen entweder als Kofinanzierung oder auch rein kommunale Förderung gewährt werden: Beispiele sind der UB West-Münsterland und der UB Ruhr-Mitte.

Fragen der Qualitätsentwicklung waren natürlich im Berichtszeitraum auch im Arbeitsfeld Migration ein zentrales Thema.

Im Juni 1997 wurden von der Geschäftsführerkonferenz sogenannte „Leitlinien für die Beratungs- und Betreuungsdienste im Arbeitsfeld Migration“ verabschiedet.

Im Februar 1998 wurden „Qualitätsstandards der AWO im Arbeitsfeld Migration“ als Lose-Blatt-Sammlung herausgegeben, die fortlaufend ergänzt wird.

Seit Ende 1999 wird gemeinsam mit den übrigen nordrhein-westfälischen AWO-Bezirksverbänden an der Weiterentwicklung der Sozialdienste für Migranten gearbeitet.



„Wunderbare Wüstenschiffe“

## Beratung und Betreuung



Musik-CD der  
KulturKarawane-Klangspuren

Moderne, innovative Formen der Medien- und Kultursozialarbeit im Arbeitsfeld Migration sind insbesondere aus dem UB Dortmund zu berichten. Im Berichtszeitraum wurde das überregional bekannte Projekt „KulturKarawane-Klangspuren“ fortgesetzt, in dessen Zusammenhang auch eine Musik-CD herausgegeben wurde. In diesem Jahr steht die Karawane unter dem Motto „Wunderbare Wüstenschiffe“.

Im Juni 1999 wurde als ein Produkt von Schulsozialarbeit an einer Dortmunder Hauptschule ein „Fotoroman“ herausgegeben, in dem Jugendliche ihre Träume, Ängste und Ideen zu den Themen „Drogen“ und „Erste Liebe“ formulieren, szenisch und mit professioneller Unterstützung grafisch umsetzen konnten. Ähnlich wie bei der „KulturKarawane-Klangspuren“ wurde auch mit diesem Produkt überregionale Aufmerksamkeit erreicht.



Im Übrigen war der Berichtszeitraum im Arbeitsfeld Migration u. a. geprägt vom Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina, dem Krieg im Kosovo und dem Erdbeben in der Türkei.

Bei allen Katastrophen waren die Sozialdienste berührt.

So wurde Geld gesammelt, Hilfsmaßnahmen organisiert und durchgeführt sowie Wiederaufbauprojekte geplant.

Das schreckliche Erdbeben 1999 in der Türkei hat nicht nur etliche türkische Sozialberater persönlich betroffen; es setzte auch eine große Welle von Spendenbereitschaft ein: teilweise wurden Hilfsgütertransporte vor Ort mit anderen Organisationen gemeinsam durchgeführt; Sozialdienste beteiligten sich mit Spendensammelaktionen an der Kampagne des AWO Bundesverbandes.



## Drogen- und Suchtberatung

Die Beratungsstellen in den Unterbezirken Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis und West-Münsterland haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Effizienz der Suchtkrankenhilfe insgesamt zu verbessern. Ziel ist es, die geschlechtsspezifischen Aspekte im bestehenden Suchtkrankenhilfesystem bedarfs- und bedürfnisgerecht in den Bereichen

- Prävention
  - Beratung
  - Behandlung und
  - Selbsthilfe
- zu festigen.

Um die Wirksamkeit und die Erreichbarkeit einzelner Gruppen zu erhöhen, werden die Maßnahmen und Entwicklungen zielgruppenorientiert ausgerichtet. Dabei werden insbesondere folgende Personengruppen angesprochen:

- junge Suchtkranke und -gefährdete
- Suchtkranke im Alter
- chronisch mehrfach geschädigte Suchtkranke
- Migranten und Aussiedler
- Menschen mit Doppeldiagnosen
- pflegebedürftige Suchtkranke

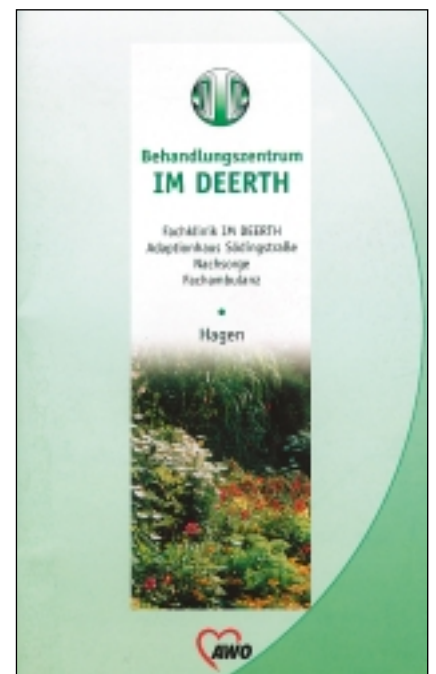
Die derzeitige Angebotssituation kann diese Zielgruppen häufig nicht in ausreichendem Maße erreichen.

Es besteht daher die Notwendigkeit, spezielle Angebote zu entwickeln und insbesondere eine entsprechende Weiterentwicklung und Qualifizierung des bestehenden Gesamtsystems vorzunehmen.

Dazu ist es notwendig, die unterschiedlichen Aktivitäten auf der kommunalen und der Landesebene noch stärker zu verzahnen, um eine nötige Breitenwirkung und Transparenz der jeweiligen Arbeit erzielen zu können.



aus einer Plakatreihe



Broschüre der Fachklinik „Im Deerth“, einer therapeutischen Facheinrichtung für Drogenabhängige

## Beratung und Betreuung

### ■ Sozialpädagogische Familienhilfe



Die Sozialpädagogische Familienhilfe hat die Unterstützung der Erziehungsleistung von Eltern zum Ziel und soll auf ambulante Weise eine Fremdunterbringung von Kindern vermeiden helfen. Die Dienste arbeiten auf der Basis der familienpolitischen Grundeinstellung der AWO, jede Form von Lebensgemeinschaften Erwachsener und Kinder als Familie zu verstehen und zu akzeptieren.

Im Berichtszeitraum wurde der Jugendplan des Landes NRW novelliert, welcher auch Angebote der Prävention vorsieht. Die Sozialpädagogische Familienhilfen in Bochum, Herne, Castrop-Rauxel, Münster, Hamm und Warendorf haben sich jede sozialpolitische Form der Flexibilisierung und Differenzierung der Arbeit zu Nutze gemacht. So konnte Bochum über Mittel des Landesjugendplanes eine Mädchengruppe aufbauen und Herne die Gruppenarbeit für besonders benachteiligte Kinder erweitern.

Im Bereich Ennepe-Ruhr konnte im Berichtszeitraum eine neue Sozialpädagogische Familienhilfe initiiert werden.

Für die Arbeiterwohlfahrt ist die Sozialpädagogische Familienhilfe ein zentrales Element der Jugendhilfe, dessen Erfolg und Bedeutung – angesichts der zunehmenden vielseitigen Problemlagen von Familien – in der Krisenintervention und Prävention liegt.

### ■ Familien- und Lebensberatung

Den Familien- und Lebensberatungsstellen kommt angesichts größerer Belastungen, denen Familien und Lebensgemeinschaften Erwachsener mit Kindern ausgesetzt sind, zunehmend mehr Bedeutung zu. Der Bedarf nach psychosozialer Beratung in Fragen der Partnerschaft, der Trennung und Scheidung sowie der Personensorge für Kinder steigt.

Unterschiedliche fachliche Spezialisierungen im Mitarbeiterteam machen ein breit gefächertes Leistungsangebot wie in der Erziehungsberatungsstelle in Meinerzhagen möglich.



Zu den Familien- und Lebensberatungsstellen gehören auch die für Schwangerschaftskonflikte, Familienplanung und Sexualberatung. Nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz leisten diese psychosoziale Beratung in allen Fragen der Familienplanung und Sexualität. Wir beraten Frauen, Männer, Paare, Jugendliche, Familien und Personen, die zum sozialen Umfeld gehören. Für Migrantinnen und ihren Familien werden - sofern gewünscht und notwendig - Dolmetscher hinzugezogen. Zur allgemeinen psychosozialen Beratung gehören auch spezialisierte Angebote wie z. B. Aufklärung, Verhütung und Familienplanung.

Im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung musste die Arbeiterwohlfahrt im vergangenen Jahr eine steigende Anzahl hilfesuchender Frauen von den kirchlichen Beratungsstellen übernehmen, da diese nach dem Beschluss der deutschen Bischofskonferenz keine Beratungsbescheinigungen an Frauen mehr ausgestellt haben, die zum straffreien Abbruch der Schwangerschaft nach dem Gesetz berechtigen würden. Für die hilfesuchenden Frauen bedeutet dieser Ausstieg der Katholischen Kirche eine Verschärfung ihrer Notlage. Sie müssen in ihrer akuten Krisensituation unter Umständen eine weitere, nicht-kirchliche Beratungsstelle aufsuchen, die ihnen die erforderliche Bescheinigung ausstellt. Alle Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Bezirksverband wie in Lippstadt, Schwerte, Bergkamen, Hagen, Hamm und Dortmund waren von dieser Situation betroffen.

Es gilt nunmehr, diese Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen neu zu ordnen.



AWO-Broschüre zur Familienplanung

## Armut als Problemlage von Kindern im Vorschulalter

Die Arbeiterwohlfahrt hat 1997 dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt eine Studie zum Thema „Armut – Lebenslagen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen“ in Auftrag gegeben. Der Untersuchungszeitraum beträgt 3 Jahre. Die Abschlussergebnisse werden Ende August 2000 vorliegen. Alle Bezirks- und Landesverbände haben sich zwar an der Durchführung der Studie beteiligt, doch ist der Bezirksverband Westliches Westfalen bundesweit mit der größten Anzahl von Jugendhilfeeinrichtungen und Kindertageseinrichtungen an dem Projekt beteiligt.

## Beratung und Betreuung



AWO-Anzeigenkampagne zum Thema Armut

Obgleich die Studie noch nicht abgeschlossen ist, sprechen die bisher gewonnenen Zwischenergebnisse für sich:

37,2% der Sozialhilfebezieher sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Darüber hinaus gibt es Familien, die mit ihrem Einkommen unter 50% des Durchschnittseinkommens liegen. Ihre Lage unterscheidet sich kaum von der der Sozialhilfeempfänger. Kinder aus solchen Familien sind ebenfalls als „arm“ zu bezeichnen. Besonders prekär ist aber die Tatsache, dass zusätzlich zu den Zahlen der Kinder als Sozialhilfeempfänger noch einmal je nach Region zwischen 10% und 20% der unter 18-Jährigen in dieser relativen Einkommensarmut leben.

Die Situation von Armut bei Kindern und Jugendlichen wirkt sich deutlich negativ auf ihre Entwicklung, auf ihre Bildungschancen und Schulerfolge aus.

Die Einkommensarmut bewirkt seelische und emotionale Armut, soziale Armut, Vernachlässigung und Gewalt, Bildungsbenachteiligung, ausländerspezifische Benachteiligung und geistig kulturelle Armut.

Die Studie zeigt auf, wie sich Erscheinungsformen von Armut im Vorschulalter auf die Ernährung, die Kleidungsausstattung, die Nichtteilnahme eines Kindes an Aktivitäten, die Wohnsituation, die Verzögerung von Entwicklung, Verhaltensstörungen, gesundheitliche Probleme und Vernachlässigungsanzeichen auswirken. Weiterhin wurde deutlich, dass das besondere Angebot der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen die Auswirkungen von Armut mildern hilft, zumal die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über ein hohes Maß an Sensibilität und Professionalität bzgl. dieser Problematik verfügen, was die Studie ebenfalls belegt.

Gerade angesichts der Einschnitte im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder sind die Ergebnisse der Studie wichtig, um auf die eklatante Benachteiligung vieler Kinder aufmerksam zu machen. Kindertageseinrichtungen der Arbeiterwohlfahrt gehen über den gesetzlichen Auftrag von Bildung, Erziehung und Betreuung hinaus, indem sie auch Einrichtungen der Prävention vor den Folgen von Kinderarmut sind.

## Schuldnerberatung

Nach neueren Untersuchungen sind ca. 2,6 Mio. Haushalte in der Bundesrepublik überschuldet. Sie leben auf der Schattenseite unserer auf Konsum ausgerichteten Gesellschaft. Ihnen ist zum Problem geworden, dass sie nach Abzug der Lebenshaltungskosten mit dem dann verbleibenden Rest des Einkommens ihre Schulden nicht abzahlen können.

Auslöser für diese Überschuldung sind oft: Ehescheidung, sinkendes Einkommen, Arbeitslosigkeit, aber auch gesellschaftlicher Konsumdruck. Es wird einem leicht gemacht, Wünsche von heute mit dem Geld von übermorgen zu erfüllen. Und wenn nicht alles so klappt wie gedacht, beginnt eine Spirale mit Mahnungen, Kreditkündigung, Pfändung, Eidesstattlicher Versicherung. Den finanziellen Problemen der Überschuldung folgen dann in der Regel auch psychosoziale Belastungen. Ohne Hilfe von außen ist die Situation für viele Überschuldete aussichtslos.

Schuldnerberatung hat das Ziel, diesen überschuldeten Menschen bei der Bewältigung ihrer sozialen und finanziellen Probleme zu helfen, über die Einzelfallhilfe hinaus aber auch zur Verhinderung von Überschuldung beizutragen und sozialpolitisch Stellung zu beziehen. Schuldnerberatung ist eine soziale Dienstleistung.

Im Bezirk Westl. Westfalen der AWO bestehen sieben spezialisierte Schuldnerberatungsstellen sowie eine Fachberaterstelle für Schuldnerberatung. Darüber hinaus bieten andere Beratungsdienste der AWO Schuldnerberatung als Teil ihrer Beratung an, z. B. im Rahmen der Haftentlassenenhilfe, Drogenhilfe, Arbeitslosenberatung usw.

Schuldnerberatung nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Klärung der persönlichen Problemsituation
- Existenzsicherung
- Forderungsüberprüfung
- Schuldnerschutz
- Haushaltsberatung
- Psychosoziale, präventive Beratung
- Regulierung und Entschuldung
- Beratung und z. T. Begleitung im Verbraucherinsolvenzverfahren
- Zielgruppenorientierte Informationsveranstaltungen



AWO-Anzeigenkampagne zum Thema Armut

## Beratung und Betreuung



AWO-Anzeigenkampagne  
zum Thema Armut

Seit 1.1.1999 gibt es die neue Insolvenzordnung (InsO). Privatpersonen haben damit erstmals die Chance der Restschuldbefreiung, d. h. sich von ihrem Schuldenberg befreien zu können.

Das in der InsO festgelegte Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges und langwieriges Verfahren. Grundlegendes Element ist ein obligatorisches außergerichtliches Vorverfahren, in dem der Schuldner mit Unterstützung „einer geeigneten Person oder Stelle“ versuchen muss, eine gütliche Einigung mit seinen Gläubigern im Rahmen eines Vergleiches zu erzielen. Kommt eine solche außergerichtliche Einigung nicht zustande, schließt sich das gerichtliche Verfahren mit einer Wohlverhaltensphase von bis zu sieben Jahren an.

Als sogenannte „geeignete Stellen“ fungieren auch die AWO-Schuldnerberatungsstellen, die sich haben anerkennen lassen. Im BV Westl. Westfalen sind dies die Beratungsstellen in Iserlohn, Altena/Werdohl, Bocholt, Münster, Unna, Lippstadt. Aufgrund dieser zusätzlichen Tätigkeit sind alle diese Beratungsstellen im letzten Jahr personell aufgestockt worden. Das Land NRW fördert insgesamt 88,5 Vollzeitstellen verteilt über das Land.

Nach gut einem Jahr Erfahrung ist das Ergebnis aus Sicht der Wohlfahrtsverbände ernüchternd.

Die Intention des Verbraucherinsolvenzverfahrens wird weiterhin für gut gehalten, die Kritik macht sich an der Umsetzung fest. Eine Fachtagung der AG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW Ende 1999 in Mülheim bringt es auf den Punkt: das Verfahren ist zu kompliziert, zu langwierig, zu teuer, das Beratungsangebot nicht bedarfsdeckend. Nahezu unüberwindlich für mittellose Schuldner ist die Kostenfrage für das gerichtliche Verfahren. Die Gerichte verlangen einen Vorschuss in Höhe von 2.500 bis 4.000 DM. Prozesskostenhilfe wird mehrheitlich von den Gerichten abgelehnt und viele Überschuldete somit ausgegrenzt.

Eine Bund-Länder-Kommission will die von den Wohlfahrtsverbänden geäußerte Kritik aufnehmen und bis Mitte 2000 erste Vorschläge zur Reform und Verbesserung der InsO erstellen.

## Frauenhäuser

Die Frauenhäuser der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen befinden sich in Iserlohn und Bottrop. Sie sind Zufluchtsstätten für Frauen mit ihren Kindern, die körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt ausgesetzt, bzw. von diesen Gewaltformen bedroht sind.

Neben dem Schutz von Gewalt bietet das Leistungsangebot der Frauenhäuser psychosoziale Beratung, Hilfen zur Durchsetzung finanzieller und rechtlicher Ansprüche sowie Begleitung bei der Neuorientierung und -strukturierung des künftigen Lebens nach dem Aufenthalt im Frauenhaus.

Der Beratungsbedarf nimmt in Frauenhäusern kontinuierlich zu. Mehr als früher befinden sich unter den Frauenhausbewohnerinnen schwer traumatisierte Frauen, die extreme Gewalt erlitten haben, Opfer von brutaler Misshandlung, systematischer Erniedrigung und Vergewaltigung wurden oder auch sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgesetzt waren.

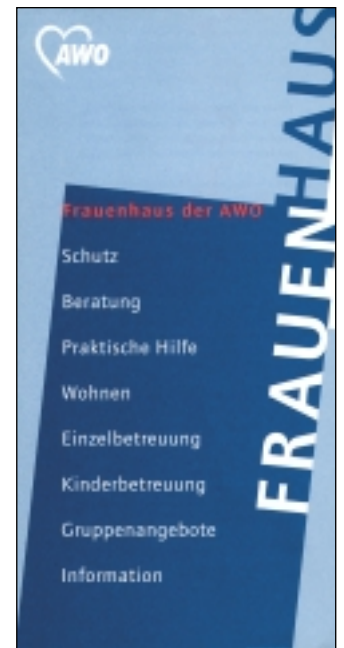
Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung sind ein trauriger Nebeneffekt der Öffnung der Grenzen nach Osteuropa, der Kriegshandlungen und Migration von Frauen.

So wächst der Anteil von Migrantinnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und nur geringen Deutschkenntnissen, deren Lebenssituation von massiver Gewalterfahrung und Perspektivlosigkeit geprägt ist. Auf diese besondere Problemlage hin haben sich die Teams weiterqualifiziert und sind in der Lage, angemessen, professionell zu handeln.

Im Rahmen von Qualitätssicherung haben die Frauenhäuser präzise Leistungsbeschreibungen erstellt, die ihre Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität festhalten und beschreiben.

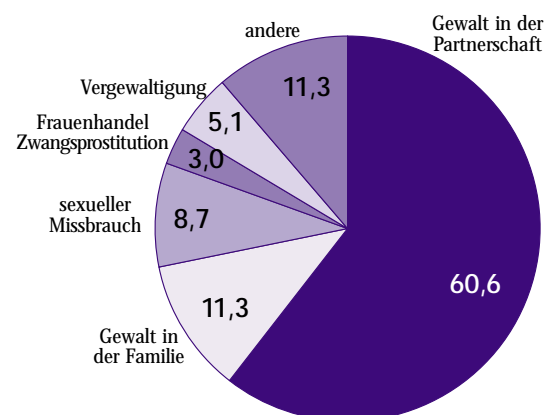
In diesem Zusammenhang wurde auch die Erfassung statistischer Daten optimiert.

Zukünftig wird sich das Angebot der Frauenhäuser weiter ausdifferenzieren. Eine Beteiligung am Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit der nächsten Jahre.



AWO-Broschüre „Frauenhaus“

Ambulante Krisenberatung 1999  
(Prozentuale Aufteilung nach Ursachen)





# Hilfen für Menschen mit Behinderungen



Sonderpädagogische Zusatzqualifikation für Gruppenleiter/innen in WfB

Hilfen für Menschen mit Behinderung ist ein bedeutsamer Arbeitsschwerpunkt innerhalb des Bezirksverbandes.

Alle Untergliederungen haben sich in den vergangenen Jahren den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen gestellt.

Versorgungsstrukturelle und versorgungsinhaltliche Grundsätze haben an Bedeutung gewonnen:

- ambulant vor stationär
- regional vor überregional
- Gemeindenähe und regionale Vernetzung
- Selbstbestimmung und Normalität

Sie sind in das Zentrum der inhaltlichen Beratungen der Gremien gerückt.

Diese Aspekte müssen zukünftig bei den aktuellen und fachlichen Weiterentwicklungen zur Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wurde der praktische Alltag in den Einrichtungen und Diensten von Beratungen und Umsetzungen zahlreicher Rechtsnormen in der Behindertenhilfe beeinflusst.

Während die Erarbeitung eines Landesrahmenvertrages gem. § 93 BSHG nach 2-jährigem Verhandlungsmarathon zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis führen wird, stehen weitere grundlegende gesetzliche Veränderungen an:

- Gleichstellungsgesetz
- Schaffung eines Rehabilitationsgesetzbuches SGB IX
- Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter
- Werkstätten-Mitwirkungsverordnung
- Kostenzuordnungsverordnung für WfB
- Fortbildungsordnung für Gruppenleiter
- Pflege-Qualitätssicherungsgesetz und die Auswirkungen auf die Eingliederungshilfe
- Heimbewohner-Schutzgesetz



Präsentation des EU-Projektes „Nadeshda“ des AWO-Unterbezirkes Ennepe-Ruhr

Zu diesen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben gilt es, in naher Zukunft die internen Beratungen zu intensivieren und verbandspolitische Positionen zu beziehen.

Ein fester Bestandteil unserer Diskussionsprozesse muss der Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes sein:

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Die Teilnahme am immer wiederkehrenden Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am 05. Mai wird von uns als eine besondere Herausforderung gesehen.

## ■ Frühförderstellen und Familienunterstützende Dienste

Die Frühförderstellen und Familienunterstützende Dienste als ambulante Angebote der Behindertenhilfe in den Unterbezirken Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis, Hochsauerland und Recklinghausen haben sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil in den jeweiligen Regionen entwickelt.

Allerdings geraten die Dienste zunehmend unter Druck, sowohl durch die Forderung nach Leistungseinschränkungen und Standardabsenkungen aufgrund knapper öffentlicher Mittel als auch durch die Konkurrenz gewerblicher Träger.

Daher ist es um so wichtiger, die eigenen Qualitätsbegriffe darzulegen.

Zu diesem Zweck beteiligen sich die Träger unserer Dienste an einem durch das Land NRW finanzierten „Modellprojekt zur Qualitätssicherung“ unterstützt durch die Universität Siegen.

Die gemeinsame Zielsetzung, ein zukunftsweisendes ambulantes Hilfesystem vorzuhalten, gelingt jedoch nur mit der Unterstützung des Landes NRW, indem die uneinheitlichen Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen der ambulanten Behindertenhilfe durch eine seit 15 Jahren von der Freien Wohlfahrtspflege geforderte Rahmenvereinbarung aufgehoben werden.



Motiv aus der Plakatserie „Aktion Grundgesetz“



Eigenprodukte der Werkstätten

## Hilfen für Menschen mit Behinderungen

### ■ Heilpädagogische Erziehung und Bildung

Der heilpädagogische Auftrag der Tageseinrichtungen für Kinder in den Unterbezirken / Kreisverbänden Hochsauerland, Siegen, Ennepe-Ruhr, Hagen-Märkischer Kreis sowie der Schule für Geistigbehinderte in Siegen – mit insgesamt rd. 450 Plätzen – besteht im Wesentlichen darin, den Erziehungs- und Bildungsauftrag im ständigen Kontakt mit den Familien und Personensorgeberechtigten durchzuführen. Diese Kontakte gestalten sich in Form von Gesprächen, Hausbesuchen sowie gemeinsamen Aktivitäten.

Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit steht die Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen sowie deren ganzheitliche Förderung. Diese Zielsetzung wird im pädagogischen Alltag in Zusammenarbeit mit den therapeutischen Fachkräften umgesetzt.

Die starken Veränderungen der Behinderungsbilder und dem damit verbundenen Hilfebedarf stellen immer größere Anforderungen an die Mitarbeiter/innen, insbesondere im pflegerischen Bereich.

Die klassischen Berufsgruppen im Erziehungs- und Bildungsbereich sind jedoch diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen.

Daher ist es notwendig, gemeinsam mit den jeweiligen Kostenträgern über die veränderten (Personal-) Bedarfe in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam nach Lösungen zur adäquaten Versorgung der Kinder und Jugendlichen zu kommen.



Die Trampolingrouppe der Westfalenfleiß GmbH

### ■ Wohnen

Die Wohnsituation für Menschen mit Behinderung kann noch nicht in jeder Hinsicht als bedarfsgerecht bezeichnet werden.

Um eine angemessene, am Hilfebedarf des Einzelnen orientierte Versorgung sicherzustellen, müssen verschiedene Bausteine mit inhaltlichen Schwerpunkten und Betreuungsintensitäten vorgehalten werden.

Einige Träger von Wohnstätten für Menschen mit Behinderung haben mit einer weiteren Differenzierung begonnen.



Das Leben in Wohnstätten

# Sozialpolitische Schwerpunkte

Mit der Schaffung von Außenwohngruppen und dezentralen Einzelwohnangeboten konnte dem Wunsch des Einzelnen - nach mehr Gleichstellung - entsprochen werden.

Dazu werden in unmittelbarer Nähe der Einrichtungen kleine Wohnungen oder Häuser angemietet und gemeinsam mit den zukünftigen Nutzern renoviert, gestaltet und eingerichtet. Die differenzierte Unterstützung in der individuellen Lebensgestaltung wie z. B. bei der

- alltäglichen Lebensführung
- individuellen Basisversorgung
- Gestaltung sozialer Beziehungen
- Kommunikation und Orientierung
- Gesundheitsförderung und -erhaltung
- emotionalen und psychischen Entwicklung
- Bildung, Arbeit und Beschäftigung

bildet dabei die inhaltliche Ausgestaltung der täglichen Arbeit.

Bei der Feststellung wie hoch der Hilfebedarf des Einzelnen ist, steht nicht die Behinderung im medizinischen Sinne im Vordergrund. Es wird bewertet, welche Auswirkungen sich beeinträchtigend auf die Lebensbewältigung ergeben.

Zahlreiche Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote werden von den Mitarbeitern/-innen unserer 24 Wohneinrichtungen mit über 1.200 Plätzen genutzt, um den o. a. Aspekten qualifiziert Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus ist unsere Zielsetzung für die nächsten Jahre, eine weitere Differenzierung bis hin zu ambulanten Wohnangeboten zu erreichen.

Dazu bedarf es, den Hilfebedarf nach fachlichen Gesichtspunkten zu ermitteln, um unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechtes des Einzelnen ein geeignetes Angebot vorhalten zu können.

Die im Sommer 1999 in Kraft getretenen Richtlinien zur Förderung von Wohnstätten werden die Wohn- und Lebensqualität von Menschen mit Behinderung deutlich verbessern.

Um ein bedarfsgerechtes und qualitativ gleichwertiges Angebot in NRW vorzuhalten und gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, bedarf es einer kontinuierlichen Kooperation aller Beteiligten auf der örtlichen und überörtlichen Ebene. Die bisher in der Sache engagiert geführten Gespräche zwischen der Freien Wohlfahrtspflege und den Kostenträgern sind weiter zu konkretisieren und präzisieren.



ISM (IndustrieService Münster)-Künstlergruppe  
Menschen mit psychischer Behinderung



# Berufliche Bildung und Arbeit in Werkstätten für Behinderte (WfB)



Zertifizierung der WfB

Unsere Werkstätten bieten für Menschen mit Behinderung, die nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sind oder in anderen Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nicht aufgenommen werden können, eine individualisierte, planmäßige berufliche Bildung.

Das differenzierte Arbeitsplatzangebot konnte im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und dezentralisiert werden.

Gesamtzahl aller Werkstattplätze zum 31.12.1999 in den Einzugsgebieten Dortmund, Ennepe-Ruhr, Münster und Siegen-Wittgenstein

	vorhandene	geplante
Eingangsverfahren / Arbeitstrainingsbereich	189	24
Arbeitsbereich	2.260	269
Förder- und Betreuungsbereich	155	42
<b>Summe:</b>	<b>2.604</b>	<b>335</b>



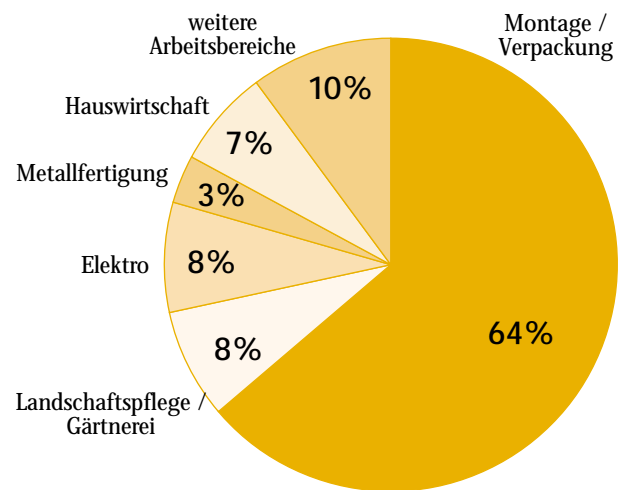
An der „Bonbonmaschine“ verpacken die Beschäftigten der Westfalenfleiß Pfefferminzbombons in Rollen

Dieser Auszug einer Schnellumfrage der Werkstattdaten verdeutlicht, dass bis zum Jahre 2005 im Bereich des Bezirksverbandes noch 335 Werkstattplätze errichtet werden müssen.



# Sozialpolitische Schwerpunkte

Geschäftsbereiche unserer Werkstätten  
(nach behinderten Mitarbeitern)



Inwieweit eine tatsächliche Umsetzung der Baumaßnahmen erfolgen kann, hängt derzeit von dem geplanten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung ab, nach dem die Mittel der Ausgleichsabgabe verstärkt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter eingesetzt werden sollen.

Diese Maßnahme wird von uns ausdrücklich begrüßt. Allerdings besteht die Sorge, dass damit zwei besonders benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgegrenzt werden.

Die Art und Schwere der Behinderung sowie die Altersstruktur in den Werkstätten erfordern dauerhaft eine weitere Differenzierung der Bildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsangebote.

Förder- und Betreuungsbereiche für Menschen mit schwersten Behinderungen, Arbeitsplätze für Menschen mit psychischen Behinderungen, Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und Maßnahmen für den Übergang in den Ruhestand sind in den Mittelpunkt der fachlichen und inhaltlichen Diskussion unserer Arbeit gerückt.

In den Gremien des Fachverbandes für Behindertenhilfe sind die Versorgungsbedarfe zu präzisieren, Defizite konkreter zu benennen und - unter Berücksichtigung der allgemeinen Versorgungslage - Empfehlungen für die Weiterentwicklung zu erarbeiten.



# Freizeit und Fitness



In den vergangenen 80 Jahren hat sich die Arbeiterwohlfahrt sowohl in ihrem ehrenamtlichen als auch in ihrem hauptamtlichen Engagement vorwiegend darum bemüht, Menschen zu helfen, die persönlich oder als Gruppe Not hatten, Hilfe, Pflege, Zuwendung bedurften oder aufgrund von besonderen persönlichen Ausgangssituationen auf fremde Hilfe angewiesen waren.

Freizeitangebote, im wahrsten Sinne des Wortes, haben nur die Arbeit im Mitgliederverband vor Ort geprägt - in Altentagesstätten und Ortsvereinen - und waren darüber hinaus Rahmenercheinungen in Erholungsangeboten für Familien, Senioren, Kinder und Jugendliche.



Durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen - sagen uns alle Zukunftsforscher - rufen Menschen mit einem speziellen Hilfebedarf zunehmend nicht mehr einzelne Hilfen ab (zum Beispiel bei Pflegebedürftigkeit oder Krankheit), sondern wünschen vermehrt ein Angebot „aus einer Hand“. Im Bereich „Ambulante Dienste für Senioren“ stellen wir dies bereits deutlich fest. Es werden neben

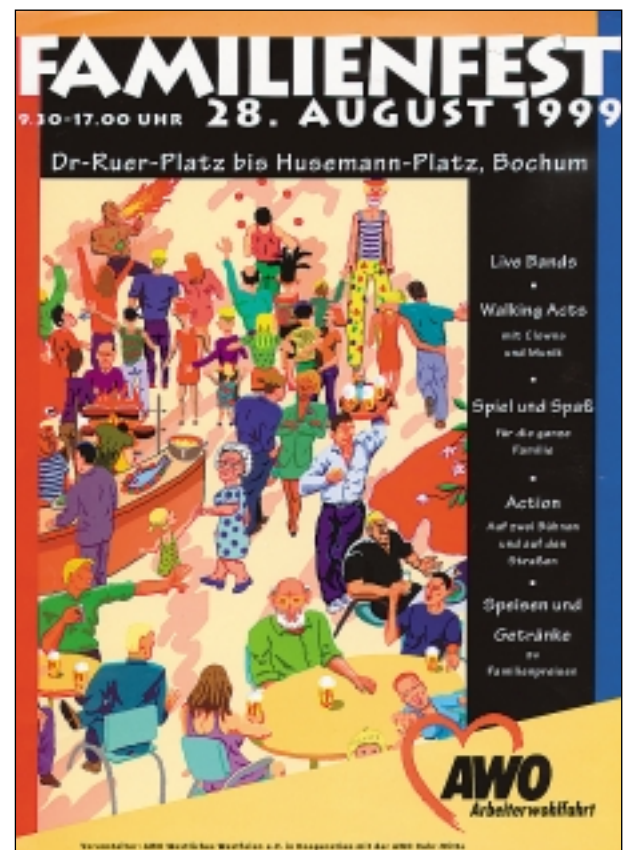
# Sozialpolitische Schwerpunkte

Pflegeleistungen auch soziale Hilfen und Unterstützung bei der Freizeitgestaltung abgefragt. Somit besteht also ein Bedarf nach „mehr Service“.

Die Arbeiterwohlfahrt muss sich zukünftig darauf einstellen, diesem sich wandelnden „Kundenverhalten“ Rechnung zu tragen und, bezogen auf die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt, diese veränderten Erwartungen in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Mehr Freizeit bedeutet immer auch, sich der Frage zu stellen, wie man mit dieser zunehmenden Freizeit umgeht, wie man sie gestaltet und mit welchen finanziellen Mitteln man sie überhaupt gestalten kann.

Neue Herausforderungen deuten sich für alle Gliederungen unseres Verbandes an!



# Entwicklung und Perspektiven



Unter der Überschrift „AWO 2000“ haben wir in unserem Bezirksverband vor mehr als 3 Jahren eine Diskussion über unsere Zukunft begonnen, eine Diskussion über die Entwicklung und den Fortbestand unserer hauptamtlichen Dienste, eine Diskussion über den Mitgliederverband Arbeiterwohlfahrt und das Ehrenamt.

Heute, zu Beginn des neuen Jahrtausends, haben wir festzustellen, dass sich unsere professionellen Einrichtungen und Dienste sehr deutlich in diese Richtung entwickelt haben. Wir haben Abschied genommen vom Selbstkostendeckungsprinzip und von vielen vertrauten Förderrichtlinien, wir sind „marktfähiger“ geworden, aber haben dennoch noch viel Arbeit vor uns. Es gilt zu hinterfragen, ob die gewünschten Leistungsinhalte und Qualitäten durch die vereinbarten Leistungsentgelte (Preise) gedeckt werden können oder ob zu einer solchen Entwicklung nicht noch mehr unternehmerische Freiheit gehört und es gilt andererseits sicherzustellen, dass alle Menschen in unserem Lande einen Rechtsanspruch auf gleiche Behandlung und Versorgung, d. h. auf gleiche Lebensbedingungen, haben.

Es gilt, zu hinterfragen, ob die Tarifbedingungen bei der Arbeiterwohlfahrt, die sich seit mehr als 30 Jahren aus dem Öffentlichen Dienst ableiten, noch zukunftsfähig sind oder ob diese Bedingungen sich nicht den neuen Anforderungen unterwerfen und damit auch leistungsgerechter sein müssen. Im Konkurrenzkampf mit anderen (auch privaten) Leistungserbringern ist es zwingend notwendig, gleiche Rahmenbedingungen zu haben. Tarifverträge, die Besitzstände preisen und Lebensalterstufen über Leistungsgerechtigkeit stellen, sind für die Zukunft nicht geeignet. An dieser Stelle wird sich zeigen müssen, ob die Dienste und Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt auch in Zukunft in der Arbeiterwohlfahrt vorgehalten werden können oder nur außerhalb der Arbeiterwohlfahrt in gesonderten, wenn auch nahestehenden Unternehmen. An dieser Stelle sind insbesondere die Gewerkschaften aufgefordert, sich auf diese neue Herausforderung einzulassen.



GESELLSCHAFT FÜR  
ORGANISATIONS-ENTWICKLUNG  
UND SOZIALPLANUNG NRW

## Konzeption

Pilotprojekt  
„Strategie Qualitätsmanagement Seniorenzentren“  
(AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen)

Geschäftsführung

Projektleitung

Technische Koordination

Rainer Brückers

Dr. Wolfgang Bodenbender

Gabriele Bleck

Wir werden in unserem Bezirksverband zu überprüfen haben, ob die Rechtsformen unserer Unternehmen ausreichen, die Risiken der Zukunft zu begrenzen und ob es hier weitere Schritte auch in Form rechtlicher Verselbständigung geben muss. Es sei noch einmal ausdrücklich angefügt, dass eine solche Entwicklung nicht zu Lasten wirtschaftlich schwächerer und zu Gunsten wirtschaftlich starker Gliederungen gehen darf.

Der Mitgliederverband Arbeiterwohlfahrt muss sich den Herausforderungen stellen, wieder attraktiv für Bürgerinnen und Bürger zu sein, Mitglied, Unterstützer und Förderer der Arbeiterwohlfahrt werden zu wollen. Er hat sich der Aufgabe zu stellen, neben dem traditionellen Ehrenamt neue Formen ehrenamtlichen Engagements nicht nur zu ermöglichen, sondern zu fördern.

Sozialpolitische Fragestellungen, Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen müssen wieder mehr zum Thema der AWO vor Ort werden. Andere Gruppen und Gruppierungen laufen uns hier zunehmend den Rang ab. Wenn wir auch in Zukunft ein gesellschaftspolitisch ernst zu nehmender Partner als große Mitgliederorganisation sein wollen, dann gibt es auch hier viel zu tun.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass wir die ersten 80 Jahre unseres Bestehens im Großen und Ganzen gut überstanden haben, dass die Entwicklung überaus positiv verlaufen ist und dass es nun darum gehen muss, die vor uns liegenden Aufgaben anzunehmen und die damit verbundenen Prozesse aktiv mitzugestalten, damit unsere Wünsche und Ziele, unsere Bezugspunkte zur Vergangenheit aber auch unsere Visionen nicht verloren gehen.





# AW Kur- und Erholungsgesellschaft mbH

Ein immer noch klassisches Arbeitsfeld der Arbeiterwohlfahrt ist, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Untergliederungen, der Kur- und Erholungsbereich.



Das ehemalige Zeltlager auf Norderney

Der Bezirksverband mit seiner Kur und Erholungs GmbH ist Träger von 5 Einrichtungen (im Sauerland, Harz, an der Nord- und Ostsee), in denen Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren durchgeführt werden. Standorte sind: Winterberg, Bad Sachsa, Norderney, Großenbrode und Zingst. Zusätzlich werden an den letztgenannten Standorten in 3 weiteren Einrichtungen Senioren-, Familien- und Behindertenfreizeiten angeboten und durchgeführt. Das Zeltlager auf Norderney, in dem von Mai bis September Kinder und Jugendliche ihre Freizeiten verbrachten, ist nach der Saison 1999 geschlossen worden, da die Belegungsanfragen in den letzten Jahren stark rückläufig waren und eine wirtschaftliche Betreibung nicht mehr gewährleistet war.



„Haus am Meer“ in Zingst

Die Angebotspalette der Kreisverbände und Unterbezirke reicht von der Kinder- und Jugenderholung mit Auslandsaufenthalten über Familien- und Seniorenerholung bis zu Behindertenfreizeiten

Der Bereich Kur und Erholung hat in den Kreisverbänden und Unterbezirken immer noch seine Bedeutung. Durch ein breitgefächertes Angebot wird vorrangig den Personengruppen, die auf dem normalen Touristikmarkt keine adäquaten Angebote finden können, eine finanzierbare Urlaubsmöglichkeit angeboten. Zu diesen Teilnehmerkreisen zählen:

- Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien oder sozialen Brennpunkten
- Kinderreiche Familien
- Personen mit einem geringen Einkommen
- alte Menschen
- behinderte Personen
- Mütter und Kinder, die eine Kur benötigen.

## Familienerholung

Ein gemeinsamer Urlaub ist für den Zusammenhalt einer Familie sehr wichtig. Losgelöst von den Problemen des Alltags können Eltern und Kinder diese Zeit nutzen, um gemeinsam Neues zu entdecken, sich miteinander zu beschäftigen, einfach ein paar sorglose Wochen zusammen zu verbringen. Um gerade diesen Familien einen gemeinsamen Urlaub zu ermöglichen, stellt das Land NRW öffentliche Mittel zur Finanzierung zur Verfügung, die beim Träger einer Familienerholung beantragt werden können.



## Mutter-Kind-Kur

Nach wie vor tragen Mütter in vielerlei Hinsicht die Hauptverantwortung für das Wohlergehen der Kinder und der Familie. In der Mutter-Kind-Kur steht die ganze Person mit ihren körperlichen und seelischen Belastungen im Mittelpunkt. Der medizinische Aspekt der Kuren ist dabei sehr wichtig, aber längst nicht alles, was geleistet wird. Hinzu kommen sportliche, kreative und musische Angebote. Für die langfristige Erhaltung des Kurerfolges werden Möglichkeiten zu gesundheitsbewusstem Verhalten im Alltag vermittelt.



## AW Kur- und Erholungsgesellschaft mbH



### Kinder- und Jugendfreizeiten - das Ferienhilfswerk

Zu den traditionellen Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt zählen Ferienfreizeiten und Ferienpädagogik für Kinder und Jugendliche. Aus den früher tageweisen Stadtrand- und Wochenenderholungen mit Übernachtung in Schlafsälen für Arbeiterkinder, die sich keinen Urlaub leisten konnten, hat sich ein breit gefächertes Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche aller Bevölkerungsschichten herausgebildet. Heute finden Kinder und Jugendliche in dem Angebot Abenteuerzeltlager, Sportcamps, Jugendherbergsaufenthalte, Strandurlaube und Aktivfreizeiten im In- und Ausland.



Hus up Dün, Norderney

### Seniorenreisen

Anfangen hat alles mit mehrtägigen Urlaubsfahrten von mehr oder weniger festen Gruppen, die sich durch den Besuch von Begegnungsstätten und Mitgliedschaften in den Ortsvereinen gefunden hatten. Es zeigt sich hier, daß AWO-Reiseangebote eine ideale Möglichkeit sind, neue und auch „junge alte“ Besucher und Mitglieder zu gewinnen.

Doch nicht nur das Wohlfühlen in der Gruppe, sondern auch gehobener Service und perfekte Organisation geben den Ausschlag für die Wahl eines Angebotes.

Auch die früher übliche Abgrenzung zu normalen Reisen - man hatte ausdrücklich „Senioren-Reisen“ angeboten - hat sich gewandelt. Neben einem höheren Komfortanspruch und einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis sind die Reisewünsche und Vorstellungen älterer Menschen genauso unterschiedlich wie die junger Menschen.



Kurzentrum Norderney, Benekestraße

Die Möglichkeit, öffentliche Mittel des Landes NRW zu beantragen, nahmen in den vergangenen Jahren viele der Reisetilnehmer/innen in Anspruch.

## Der Bereich Kur und Erholung am Scheideweg?

Versuchte die Arbeiterwohlfahrt bislang mit ihren Reiseangeboten überwiegend Personengruppen anzusprechen, die auf dem „normalen“ Touristikmarkt keine adäquaten Angebote finden konnten, so wird sich in Zukunft immer mehr die Frage stellen, können sich diese Personengruppen - hier sei besonders an Finanzschwache und sozial Benachteiligte gedacht - noch einen Ferienaufenthalt erlauben? Auch in der Zukunft wird sich die Arbeiterwohlfahrt um ein umfangreiches Angebot für die angesprochenen Personengruppen bemühen und sich dafür einsetzen, dass die bestehenden Förderprogramme auch weiterhin erhalten bleiben.





# AW Versorgungsgesellschaft mbH



Die Gesellschaft wurde im Juni 1984 als gemeinnützige Tochtergesellschaft des Bezirksverbandes gegründet. Ziel und Zweck dieser Gründung war und ist die Versorgung aller Seniorenzentren des Bezirks mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Verbrauchsgüter). Die betriebswirtschaftlich notwendige Kostenoptimierung wird insbesondere durch die zentrale Steuerung der wichtigsten Konditionen bei der Güterbeschaffung (Auswahl der Handelsfirmen, einheitliche Preise - unabhängig von der Bezugsmenge) erreicht.



Mit Beginn des Jahres 1990 wurde die Gesellschaft - nach einer Betriebsprüfung des zuständigen Finanzamtes - zur unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaft erklärt. Im Jahre 1999 wurde die Zivildienstschule - bis 1998 beim Bezirk als steuerpflichtiger Geschäftsbetrieb geführt - in die Versorgungs GmbH integriert. Steuerliche Gründe waren auch maßgebend, dass alle von den Seniorenzentren veranstalteten Festivitäten unter Beteiligung und Mitwirkung der Öffentlichkeit (z.B. Sommerfeste, Basare etc.) formal von der Versorgung abgewickelt werden.

Ebenfalls mit Beginn des Jahres 1999 übernahm die Versorgungs GmbH alle Geschäftsbereiche der AW Bau GmbH (Baubetreuung, Koordination bei Sanierung von Gebäudeteilen aus dem Anlagevermögen des Bezirks, Handwerkerleistungen, arbeitssicherheitstechnische Dienstleistungen). Auf der Basis der Jahresabschlüsse 1999 fusionieren beide Gesellschaften (Versorgung/Bau) mit Wirkung zum 1.1.2000 unter Fortführung der AW Versorgungsgesellschaft mbH.



Eine Herausforderung an das Personal unserer Gesellschaft und die zuständigen Hauswirtschaftskräfte in den Seniorenzentren stellt der Erwerb von Software für den EDV-gestützten Einkauf und die anschließende Warenbewirtschaftung in den Heimen dar. Die Warenbeschaffung (überwiegend für den Küchenbereich) erfolgt in Kürze bei den gelisteten Firmen der Versorgung online. Hierfür wurde in 2-jähriger Arbeit ein auf die Bedürfnisse der Seniorenzentren abgestellter AWO-Artikelstamm geschaffen, der zurzeit rd. 12.000 Artikel umfasst. Die erste Schulungsphase für die beteiligten Fachkräfte ist beendet, weitere Schulungen sind jedoch notwendig. Ab 2001 wird die Umsetzung der Software am Arbeitsplatz der Hauswirtschaft vor Ort zum Tagesablauf gehören. Bis dahin sind noch einige Mängel in der Software zu bereinigen, bis sie arbeitsfähig unseren gesetzten Anforderungen entspricht.

Schon jetzt kündigen einige Handelsfirmen an, in 2-3 Jahren ihre Artikel und die kundenspezifischen Konditionen ins Internet zu stellen. Der sogenannte „E-Commerce“ (elektronischer Handel) zwischen Firmen wird unaufhaltsam in den nächsten Jahren voranschreiten. Der Bezirksverband schafft zurzeit die technischen Voraussetzungen. Neue reizvolle Aufgaben liegen dann vor uns.



## AW Gesellschaft für soziale Dienste mbH

Die Gesellschaft, deren alleiniger Gesellschafter der Bezirk Westliches Westfalen e.V. ist, wurde im Jahre 1993 gegründet. Ihre Aufgabenfelder liegen im Bereich der Ausländersozialarbeit. Eine zentrale Aufgabe ist die sozialarbeiterische Betreuung im Rahmen der Erstaufnahme von Asylbewerbern/innen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, halten wir eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) am Westfalendamm in Dortmund mit insgesamt 400 Plätzen für Asylsuchende vor. Ein Vertrag mit dem Land NRW und das Asylverfahrensgesetzbuch regeln in den Grundzügen diese Arbeit. Eine auf den ersten Blick simpel klingende Zielsetzung, „nämlich die Menschen optimal aufzunehmen und zu versorgen“ stellt sowohl die Administration als auch die Sozialarbeit vor eine große Aufgabe. Patentlösungen sind in der Vergangenheit nicht gefunden worden und werden auch zukünftig nicht zu finden sein. Arbeitsgrundlage ist, den Menschen wieder eine Sicherheit und damit auch wieder das Gefühl des Vertrauens zu geben.



Unser Mitarbeiter- und Betreuungskonzept geben eine Teilgarantie. Wir müssen uns in der Arbeit freimachen von den in letzter Zeit teilweise populistisch gehaltenen Reden und geführten Diskussionen zum Einwanderungs- bzw. Asylrecht. Asylrecht ist keine Frage der Generosität. Das Asylrecht ist nur ein Teilbereich der einzuverlangenden gesellschaftlichen Solidarität. Von Anfang an wurde weitestgehend auf deutsche Fachkräfte (Anteil 20%) verzichtet und primär auf ausländische Kollegen/innen, die teilweise selber Fluchterfahrungen haben, zurückgegriffen. Sie verfügen in der Regel nicht über eine qualifizierte pädagogische Ausbildung. Ihre Fähigkeiten, anderen Menschen entgegenzukommen und sie wieder aufzurichten, kommt aus ihrer Lebenserfahrung, ihrem Willen sich fortzubilden und aus ihrem Teamgeist.

Die ausländischen Mitarbeiter/innen garantieren neben den umfassenden Sprachkenntnissen (23 Sprachen) auch Vertrautheit mit den Kulturen und der physischen und psychischen Befindlichkeit der Asylsuchenden. Die Vermeidung von Missverständnissen hängt nämlich wesentlich von der sprachlichen und interkulturellen Kompetenz und Erfahrungen der Betreuer/innen ab.

Es erfordert andere Handlungsarten der Sozialarbeit für/mit Asylsuchende/n zu arbeiten.

Aufgrund der Tatsache, dass die Asylbewerber/innen nicht länger als 3 Monate in der ZUE am Westfalendamm verbleiben, ist eine langfristig angelegte Arbeit praktisch unmöglich.

Leitmotiv und Anspruch unserer Arbeit in der Einzelfallhilfe ist: „Menschen so zu begegnen und so anzunehmen, wie sie mit ihren Sorgen und Nöten zu uns kommen“. Daher gehen wir bewusst auf unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen ein, weil gerade in einer erst mal fremden Umgebung kulturelle Orientierungen einen hohen Wert behalten. Annäherungen und Überwindung der Fremdheit sind aber möglich.

Für alle Teilbereiche, die sich innerhalb der ZUE überlappen und sinnvoll ergänzen, haben wir autonome Handlungssparten für Betreuung, Beratung, Verhandlung, Intervention, Vertretung und Beschaffung erstellt. Ein ganzheitliches und interdisziplinäres Arbeiten ist zwingend geboten, aber, wie schon erwähnt, auch nicht die Lösung mit Modellcharakter.

Auch in der Zukunft werden wir es mit unterschiedlichsten Bedingungen zu tun haben. Mit hohem Interesse verfolgen wir die politischen Debatten zum Asylrecht.

## Vision

Eine Abschaffung des Asylrechts würde eine internationale Entsolidarisierung einleiten und auch innerhalb unseres nationalen Systems eine Entsolidarisierung bewirken. Die dann installierte Ellenbogengesellschaft liegt jedoch nicht im Interesse der Mehrheit der Bürger, sondern nur im Interesse einiger weniger wirtschaftlich Starker. Eine gerechte Gesellschaft besteht auf der Qualität zwischen individuellen Freiheitsrechten einerseits und solidarischen Kooperationsrechten andererseits.



Senegal-Delegation



Kinder aus Tschernobyl

# Korporative Mitglieder



Seit 1965 besteht für soziale, kulturelle und sozialpolitische Initiativen die Möglichkeit, korporatives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt zu werden. Die korporative Mitgliedschaft bietet vielfältige Möglichkeiten des Informations- und Erfahrungsaustausches, der Beratung und Fortbildung sowie der gemeinsamen Durchführung von sozialen Aktivitäten. Die Arbeiterwohlfahrt will hierbei Partner sein unter Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Initiativen.

Grundsätzlich kann jede Personen-/Interessengemeinschaft unabhängig von ihrer Rechtsform (z. B. eingetragener Verein, Gemeinnützige Gesellschaft, Stiftung etc.) der Arbeiterwohlfahrt als korporatives Mitglied beitreten. Allerdings werden nur solche Initiativen von der Arbeiterwohlfahrt aufgenommen, deren Arbeit und Angebote mit den Grundsätzen der Arbeiterwohlfahrt zu vereinbaren sind. Die

korporative Mitgliedschaft ist auch beschränkt auf Vereinigungen mit wohlfahrtspflegerischen Aufgaben. Darunter ist die planmäßige, zum Wohle der Allgemeinheit und nicht des Erwerbs wegen ausgeübte Hilfe zu verstehen.



Fahrradwerkstatt der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in Unna

Die Aufnahme als korporatives Mitglied ist auf allen Gliederungsebenen der Arbeiterwohlfahrt möglich. Sie erfolgt jeweils in der regionalen Arbeiterwohlfahrt-Gliederung, in deren Bereich das korporative Mitglied tätig ist. Grundlagen für die Aufnahme sind das Verbandsstatut, das Grundsatzprogramm und die jeweilige Satzung der aufzunehmenden AWO-Gliederung. Auch müssen Organisationen, die den Anschluss suchen, als gemeinnützig anerkannt sein.

Nach Schätzungen sind ca. 4 % der NRW-Bevölkerung unmittelbar in Selbsthilfeeaktivitäten eingebunden, die sich im Rahmen der Wohlfahrtsverbände bewegen. Daran ist zu ersehen, dass die Zusammenarbeit mit korporativen Mitgliedern eine zunehmend wichtige Aufgabe darstellt.

Die Arbeiterwohlfahrt kann durch die Aufnahme korporativer Mitglieder die Basis ihrer Arbeit verbreitern. Aber natürlich hat die Einbindung von Selbsthilfeeaktivitäten in die Strukturen der Arbeiter-



wohlfahrt Vorteile für beide Seiten, indem z. B. soziale Aktivitäten vernetzt oder Synergieeffekte erzielt werden können.

Die Arbeiterwohlfahrt unterstützt und berät die Verantwortlichen der korporativen Mitglieder, wenn sie Entscheidungshilfen bei Projekten und Maßnahmen benötigen. Wir stellen Kontakte zu Experten her oder helfen bei der Beschaffung finanzieller Mittel, leisten Hilfestellungen bei Stellungnahmen und Bestandsaufnahmen und geben Empfehlungen über Verbesserungen konzeptionell-inhaltlicher oder organisatorisch-betriebswirtschaftlicher Arbeitsabläufe.

Insgesamt hat die Arbeiterwohlfahrt auf Bezirksebene (Bezirksverband und Kreisverbände) 73 korporative Mitglieder; davon sind 20 dem Bezirk angeschlossen.

Die Aufgaben und Zwecke der korporativen Mitglieder des Bezirksverbandes und der Kreisverbände sind sehr vielfältig; sie decken faktisch die gesamte Breite der sozialen Arbeitsfelder ab. Die Ziele der korporativen Mitglieder des Bezirksverbandes - die mehr überregional tätig sind - sollen anhand weniger Beispiele exemplarisch dokumentiert werden.

So fördern z. B. die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften überwiegend schwer vermittelbare Arbeitnehmer und deren Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ setzt sich insbesondere für die Volksbildung und Jugenderziehung ein. Er pflegt die Völkerverständigung und Toleranz und fördert den Natur- und Umweltschutz. Der Verein „Freunde für Rußland - Ostpreußenhilfe e.V.“ setzt sich zur Aufgabe, einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten, indem er für die in der ehemaligen UdSSR lebenden Menschen humanitäre Hilfsaktionen, Hilfen zum Aufbau demokratischer Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft organisiert, durchführt oder vermittelt sowie Kontakte fördert zwischen den Bewohnern und den in der Bundesrepublik Deutschland beheimateten Menschen.

Die vollständige Auflistung aller korporativen Mitglieder des Bezirksverbandes bitten wir dem Adressverzeichnis zu entnehmen.



Zentrum für therapeutisches Reiten der „Werkstätten der AWO Dortmund GmbH“ in Lünen



## Impressum

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.  
Kronenstraße 63-69  
44139 Dortmund  
Tel. 02 31 / 54 83-0  
Fax 02 31 / 54 83-209  
[www.awo-westl-westfalen.de](http://www.awo-westl-westfalen.de)  
[info@awo-westl-westfalen.de](mailto:info@awo-westl-westfalen.de)

Verantwortlich: Wolfgang Altenbernd

Fotografien: AWO

Gesamtherstellung: VARIO GmbH, Dortmund  
Juli 2000